

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Milchbauern zum Streik bereit

Milchpreis rauf!

Über 2.000 Milchbauern kommen zum BDM nach Berlin und stellen ihre Preisforderung: 40 Cent den Liter Milch. Sie sind zum Streik bereit. Bis Oktober haben die Molkezeiten. Seite 3

Bioland, wohin?

Was macht der Bioland-Verband, damit die Biobauern im Bioboom nicht abgehängt werden? „Erklären, dass Bio nicht gleich Bio ist“, sagt der Bioland-Präsident im Interview. Seite 12-13

CMA-Retter

Die Bundesregierung will das CMA-Gesetz ändern. Danach sollen die Beiträge wieder eingetrieben werden, zur Not mit Klagen. So will der DBV die CMA retten. Seite 4-5

Die Seite 3

40 Cent Milchpreis- Jetzt wird es Ernst3
 Von der BDM-Mitgliederversammlung in Berlin

Agrarpolitik

Sonnleitner freut sich auf Klagen4
CMA: Bauerngeld für Industrie-Interessen5

Milch

Die Zukunft sei mit den Starken6
 Milchforum bei der DLG-Wintertagung in München
Nordmilch verliert QM-Prozess7

Bewegung

Beharrlich gegen Airbus-Piste 8
8 gegen 1,3 Milliarden 8

Bioenergie

Bauern liefern Wärme aus Holz10
 Das Biomasseheizwerk Buchenberg läuft zehn Jahre

Märkte

Kritik an Biokraftstoff aus den Tropen 11
Erfolgreicher Streik bei Smithfield14

Schwerpunkt

„Unsere Betriebe können besser gut als billig“12
 Interview mit Bioland-Präsident Thomas Dosch

Nachbau

Wissen was erlaubt ist15
 Verbotene Sorten bringen Aufbereiter in Not
Genraps vorm Verwaltungsgericht15
 Ein Bauer klagt gegen die Freisetzung von Genraps

Gentechnik

Gen-Mais auf dem Acker? Anbausaison 200716
Maissaatgut nur mit Zertifikat16
Mit der CMA ins Genlabor17
Wissen, was wächst17

Landleben

Wer übernimmt meinen Hof?18
 Generationenwechsel und Existenzgründung
Kälber tränken statt Strandurlaub19

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Konrad Schützeneder,
 Seite 9; Eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21

Inhaltsverzeichnis

Der Preis bildet sich durch Angebot und Nachfrage, so heißt es immer. Im Milchbereich wird dieser Satz nun neu buchstabiert. Denn die Angebotsseite organisiert sich in ungekannter Weise. Über 2.000 Milchbäuerinnen und Milchbauern sind dazu in der Nacht zum 27. Januar nach Berlin gefahren. Aus allen Regionen Deutschlands. Das Ziel war nicht weniger, als über eine konkrete Preisforderung öffentlich abzustimmen: 40 Cent den Liter Milch! Bisher haben die Molkereien den Preis bestimmt und ihn uns Bäuerinnen und Bauern dann mit der aktuellen Marktlage erklärt. Eine aktive Rolle haben wir dabei nicht gespielt. War die Unzufriedenheit mit der „eigenen“ Molkerei zu groß, blieb nur der Molkereiwechsel, wenn überhaupt Gelegenheit dazu bestand. Nicht selten war die neue Molkerei dann im Preis abgesackt, wenn der Wechsel nach der zweijährigen Kündigungsfrist vollzogen war.

Jetzt beginnt etwas Neues: Milchbäuerinnen und Milchbauern geben sich eine eigene bundesweite Struktur, den Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM). Ihm übertragen sie das Mandat, um bundesweit mit der Molkerei-seite über einen Mindestpreis für die Milch zu verhandeln. Während die Molkereien immer von dem ausgingen, was der Handel zahlte, und nach Abzug aller Kosten dann einen Milchpreis für uns errechnet haben, gehen wir nun

umgekehrt vor: Was sind unsere Kosten, was müssen wir für unsere Vorleistungen, für unser Kapital und für unsere Arbeit ansetzen, was muss also

Kommentar**Jetzt
(ver)handeln!**

die Milch kosten, wenn sie den Hof verlässt? Die Abstimmung für die 40 Cent fiel einstimmig aus. Das mag noch nicht verwundern, aber die Preisforderung ist geknüpft an die Verpflichtung, notfalls die Milch nicht mehr an die Molkerei zu liefern. Auch das gibt dem Wort „Angebot“ eine neue Bedeutung: Wir bieten etwas an zu einem Preis, und wenn der Preis nicht

stimmt, ziehen wir das Angebot zurück.

Noch ist nicht sicher, ob wir Milchbäuerinnen und Milchbauern zu soviel Neuerungen wirklich bereit sind. Der Erfolg hängt davon ab, wie viele von uns aktiv mitmachen. Es liegt an jeder und jedem von uns. Deshalb fordern wir alle Milchbauern und Milchbäuerinnen in der AbL auf, das Verhandlungsmandat zu unterschreiben.

Es geht letztlich darum, ob sich die bäuerliche Milchviehhaltung eine Zukunft erhält, oder ob sie sich von anderen abschreiben lässt. Denn das ist das Ziel derjenigen, die sich jetzt so vehement für den Ausstieg aus der Milchquote stark machen und damit von der Preisdiskussion ablenken wollen.

Vor 24 Jahren haben wir als AbL den Widerstand gegen die Einführung der Quote mit organisiert. Wir hatten große Sorge, dass die Quote gegen die bäuerlichen Milchviehbetriebe gestaltet werden würde. Wir behielten Recht. Alle Befürchtungen sind eingetreten: 70 bis 80 % der Betriebe sind mit der Quote aus der Milchproduktion ausgestiegen; mit Hilfe von Exportsubventionen hat Europa den Weltmarkt durcheinandergewirbelt und massiv Dumping betrieben; und trotz Intervention ist der Milchpreis gefallen.

Die Exportsubventionen und die Intervention sollen nun fallen. Die europäische Milchindustrie will trotzdem ihre Anteile am Weltmarkt ausbauen und setzt darauf, ihren Rohstoff – unsere Milch – billiger einzukaufen. Deshalb macht sie Druck auf die Politik, die Quote abzuschaffen. Die Liberalisierung der Märkte, ungehindertes Wachstum und weitere Rationalisierung in der Produktion sollen die Zukunft bestimmen. Durch diesen Preisdruck wird unsere bäuerliche Arbeit aber nochmals schlechter bezahlt werden!

Jetzt aus der Quote auszusteigen heißt, einen Crashkurs gegen Tausende Milchviehbetriebe zu fahren! Was wir für die Zukunft brauchen ist eine flexible Marktordnung, die sich konsequent an den Bedarf in der EU anpasst und uns einen Außenschutz ermöglicht.

In den nächsten Wochen haben alle Milchbäuerinnen und Bauern die Möglichkeit, mit der Unterzeichnung des Verhandlungsmandates selbst zu handeln. Wenn wir Milchbäuerinnen und -bauern jetzt zusammenstehen, haben wir eine einmalige Chance, unsere Zukunft selber in die Hände zu nehmen und zu Marktpartnern auf gleicher Augenhöhe zu wachsen. Diese Chance dürfen wir nicht vergeben. Jetzt geht es ans Verhandeln!

Maria Heubuch, Milchbäuerin aus dem Allgäu, AbL-Bundesvorsitzende

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Marcus Nürnberger; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

40 Cent Milchpreis – jetzt wird es Ernst

Milchstreik als Druckmittel für die Preisforderung von 40 Cent jetzt in konkreter Vorbereitung. Verhandlungen mit Molkereien bis zum 1. Oktober 2007. Über 2.000 Milchbauern bei BDM-Mitgliederversammlung in Berlin

Nun ist es keine Forderung für Diskussionsveranstaltungen mehr. Die 40 Cent je Liter Milch stehen jetzt als konkrete Preisforderung der Milchbauern an die Molkereien im Raum. Ebenso konkret ist die Androhung eines Milchstreiks für den Fall, dass die Molkereien bis zum 1. Oktober 2007 nicht ausreichend auf die Forderung der Milchviehalter eingegangen sein sollten. „Das Jahr 2007 ist das Jahr der Entscheidung“, rief Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverbands deutscher Milchviehalter (BDM) den Milchbauern in Berlin zu.

Im Congress Centrum am Rande der Grünen Woche musste ein zweiter Saal mit Tausend Plätzen geöffnet werden, denn statt der angemeldeten 1.200 Milchbauern waren über 2.000 gekommen, aus allen Regionen Deutschlands. Der BDM hatte zur Bundesmitgliederversammlung geladen.

Auf dem Programm stand nicht weniger als die Abstimmung darüber, ob der BDM in diesem Jahr in konkrete Preisverhandlungen mit der Molkereiseite einsteigen soll. Und die Mitglieder haben einstimmig – ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen – dafür gestimmt.

Verhandlungsmandat

In einem ersten Schritt werden nun, sobald die zuständigen Behörden ihren Segen gegeben haben, Unterschriften-Formulare an die Milchbauern verteilt, mit denen sie dem neuen zuständigen BDM-Gremium mit dem etwas sperrigen Namen „BDM Milch Board“ das Mandat zu Preisverhandlungen mit Molkereivertretern erteilen. Mit diesem so genannten „Verhandlungsmandat“ unterschreiben die Milchbauern auch, dass sie sich gegebenenfalls an dem Milchstreik, genannt Milchlieferstopp, beteiligen. Den soll es geben, wenn die Molkereien entweder Verhandlungen mit handfesten Ergebnissen ablehnen oder wenn ihr Angebot durch eine Urabstimmung der Milchbauern als unzureichend abgelehnt wird.

Dass es den Milchbauern Ernst ist, zeigt auch, dass diejenigen, die dann trotz Unterschrift doch nicht am Streik teilnehmen, als Streikbrecher öffentlich gemacht werden sollen. Um das kontrollieren zu können, gewährt der Milchbauer mit seiner Unterschrift unter das Verhandlungsmandat für die Streikzeit den Vertretern des BDM freien Zugang zur Milchammer. „Das ist die Rückversicherung für alle, die

sich am Streik beteiligen“, begründet Schaber die Härte: „ohne die wäre das Verhandlungsmandat wertlos, auch gegenüber den Molkereien.“

30. April Einsendeschluss

Bis zum 30. April 2007 ist die Rücksendefrist für die unterschriebenen Verhandlungsmandate. Dann wird gezählt und bewertet, ob der Weg weitergegangen werden kann. Dazu ist eine ausreichende Masse an Milchbauern notwendig. Mittlerweile hat der BDM nach eigenen Angaben 20.000 Mitglieder und damit ein Drittel der deutschen Milchproduktion. Als Ziel stehen weiterhin die 50 Prozent im Raum.

Der Lieferstopp ist aber nicht Selbstzweck, sondern „Hebel, um die Mol-

kereien an den Verhandlungstisch zu bekommen“, sagt Schaber. Und verhandelt werden soll über einen Basispreis für Standardmilch (3,7 % Fett, 3,4 % Eiweiß). Die Milchbauern haben ihre Forderung benannt: 40 Cent je kg Milch. Auch diese Preisforderung (Wortlaut siehe Kasten) wurde ohne Gegenstimme angenommen.

Bis 1. Oktober verhandeln

Nun sollen zunächst Gespräche mit einzelnen Molkereien beginnen, um sich noch besser kennenzulernen. Die konkreten Preisverhandlungen ab Mai sollen dann aber nicht mit einzelnen Molkereien geführt werden, sondern mit Verbänden der Molkereiwirtschaft. Der BDM-Vorsitzende Schaber sagte, er könne sich gut vorstellen, dass das

der Milchindustrieverband (MIV) sein könne, der nach eigenen Aussagen über 90 Prozent der Milch organisiere und auch die Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern führt.

Die Verhandlungen müssen bis zum 1. Oktober zu einem Ergebnis kommen. Das Ergebnis wird dann von den BDM-Gremien bewertet – sie geben den Milchbauern eine Empfehlung für oder gegen die Annahme des Resultats ab. Das letzte Wort haben dann per Abstimmung diejenigen, die das Verhandlungsmandat unterzeichnet haben.

2007 könnte eine neue Zeitrechnung für die Milchbauern anbrechen – mit konkreten Preisforderungen, mit konkreten Verhandlungen „auf Augen-

Milchpreisforderung

„Die Bundesmitgliederversammlung [des BDM] beschließt die Stellung der Milchpreisforderung von 40 Cent Basis-milchpreis pro kg Milch (3,7 % Fett, 3,4 % Eiweiß) mit Wirkung zum 1. Oktober 2007. Sollte keine Mitwirkung der Molkereien feststellbar sein, und keine Einigung über die Preisforderung zustande kommen, kann die Einstellung der Milchlieferung die Folge sein.“



Nach einer intensiven Diskussion wurde abgestimmt. Über 2.000 Milchbauern und -bäuerinnen stimmten für Preisforderung und Verhandlungsmandat, bei 0 Gegenstimmen und 0 Enthaltungen. Bild: Jasper

höhe“ und mit Entscheidungen. Nun liegt es an den Milchbauern selbst zu beweisen, ob sie ihre Chance ergreifen. Die wird umso realer, wie sich all die Milcherzeuger, die bisher noch zögern, einen Ruck geben. „Es ist oft nur ein kleiner Schubs“, sagt Romuald Schaber. Aber der lohnt sich.

uj

Isermeyer: Höhere Preise möglich

Rademacher: Markt hat immer Regeln. Symposium „Zukunft Milch“

Bevor in Berlin die Mitgliederversammlung des BDM begann, wurde mehrere Stunden lang mit vielen Referenten über die Zukunft der Milchherzeugung diskutiert. Zu Beginn eröffnete Prof. Rademacher, Ökonom und Streiter für eine „Ökosoziale Marktwirtschaft“, die Diskussion. Der Markt umfasse immer zwei Bereiche: den Wettbewerb und die Regeln für den Wettbewerb. Der Wettbewerb sei etwas Triviales, das Bedeutende seien die Regeln. Denjenigen, die öffentlich die Forderung aufstellten, dass Regeln abgeschafft werden sollten, um Wettbewerb zu entfalten, warf er vor, dass

sie damit nur wieder bestimmte, teils rein persönliche Interessen verfolgten, ohne sie offen zu legen. Den Milchbauern empfahl er, sich auch mit den Regeln der WTO-Ebene auseinander zu setzen, gleichzeitig aber auch auf der nationalen und der EU-Ebene für Regelungen einzutreten, mit denen wiederum Druck auf die WTO ausgeübt werden könne.

Prof. Isermeyer, Agrarökonom von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), ging in seinen Überlegungen dagegen von dem aus, was zur Zeit als Abschluss in der WTO-Agrarrunde erwartet werde, und das

sei ein Absinken des Außenschutzes, d. h. der Einfuhrzölle. Dennoch sei ein Preis von bis zu 35 Cent/kg Milch in der EU möglich, dann müsste aber die Quote erhalten bleiben und um 15 Prozent gekürzt werden. In der Diskussion widersprach Isermeyer vehement der Aussage, er hätte sich für den Quotenausstieg ausgesprochen. Das treffe nicht zu, vielmehr habe er der Politik zwei Optionen vorgestellt: Abschaffung der Quote, mit der Folge von weiter sinkenden Preisen, oder Beibehaltung der Quote, dann aber kräftige Kürzung, um den Milchpreis zu erhöhen.

uj

Bauernkinder nun doch gleichberechtigt

Im Zuge der umstrittenen Gesundheitsreform von CDU/CSU und SPD wird es nun doch keine Benachteiligung der Bauernfamilien bei der Krankenversicherung der Kinder geben. Die Pläne der Bundesregierung sahen zunächst vor, dass die Landwirte nicht von den Steuermitteln profitierten könnten, die der Bund in den Gesundheitsfonds gibt, um die Kinder der gesetzlich Versicherten beitragsfrei mitzuversichern. Minister Seehofer hatte sich auf der Grünen Woche noch hinter diesen Kabinettsbeschluss gestellt, gleichzeitig aber angekündigt, dass die Landwirte sofort mit einbezogen würden, sobald der Betrag an Steuergeldern erhöht würde. Dass die Landwirte nun schon einbezogen werden, hängt offenbar mit der Erhöhung der Steuergelderbeträge um zunächst jährlich eine Milliarde Euro zusammen, die für versicherungsfremde Leistungen eingesetzt werden sollen. *pm*

Kanada verklagt USA vor WTO

Kanada ist mit einigen Agrarsubventionen der USA nicht einverstanden und hat nun in der WTO eine Klage initiiert. Auf der Mängelliste stehen die Subventionen für die US-Maiserzeuger wie auch das Gesamtniveau der handelsverzerrenden Stützung. Kanada begründet die Klage mit Zahlungen Washingtons an die Maisproduzenten. Die haben in den vergangenen zwei Wirtschaftsjahren durchschnittlich knapp sieben Milliarden Euro erhalten. Nach Ansicht Kanadas haben diese Zahlungen die Märkte in Kanada durcheinander gebracht. Außerdem vermutet die kanadische Regierung, dass die USA ihre Obergrenze für handelsverzerrende Unterstützung überschritten hat. Sowohl die USA als auch die EU haben für die letzten Jahre noch nicht ihre Zahlungen nach Genf gemeldet. Mit diesem Fall wird in der WTO zum ersten mal wegen internen Agrarzahleungen gestritten. *bet*

Futter-Deklaration verteidigt

In der *Agrarzeitung Ernährungsdienst* wurde wie folgt über die Auseinandersetzung um die Pflicht der Futtermittelhersteller, die Inhaltstoffe des Futters offenzulegen, berichtet: „Der Versuch von Europaabgeordneten, die offene Deklaration von Mischfuttermitteln grundsätzlich abzuändern, ist gescheitert. Einige Abgeordnete wollten die Pflicht zu prozentgenauen Angaben kippen, um den Know-how-Schutz für die Hersteller zu verbessern. Der Berichterstatter Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf von den Grünen bestand dagegen auf dem Recht des Landwirts, bei Nachfrage den Prozentsatz von Einzelkomponenten zu erfahren. Die Abgeordneten einigten sich auf einen Waffenstillstand. Sie hielten sich streng an ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes und damit an den Kommissionsvorschlag. So bleibt es dabei, dass die Mischfutterhersteller die Prozentsätze mit einer Toleranz von 15 Prozent kennzeichnen müssen. Der Kunde hat aber zukünftig nicht mehr das Recht, den genauen Prozentsatz zu erfahren.“ *pm*

Münchener Gericht zur CMA-Abgabe

Pressemitteilungen des Deutschen Bauernverbands (DBV) haben bei einigen den Eindruck erweckt, als hätte das Verwaltungsgericht München sich in der Sache zu der Verfassungsmäßigkeit des Absatzfondsgesetzes geäußert. Angeführt wird ein Klageverfahren einer bayerischen Molkerei gegen die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft. Die Landesanstalt zieht in Bayern von Molkereien u.a. die Beiträge an den Absatzfonds („CMA-Abgabe“) ein. Die Molkerei hatte nicht nur Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt und sich dabei auf das laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht berufen. Vielmehr wollte die Molkerei auch durchsetzen, dass sie ab sofort die mit Widerspruch behafteten Beiträge nicht mehr zahlen muss. Das Verwaltungsgericht München hat diese Klage abgewiesen, so dass die Molkerei die Beiträge weiter zahlen muss. Der Widerspruch ist von der Entscheidung nicht berührt, d.h. für den Fall, dass das Absatzfondsgesetz in Karlsruhe kippt, bekommt die Molkerei die Beiträge, gegen die sie Widerspruch eingelegt hat, zurück. Die Münchener Richter hatten lediglich festzustellen, ob die Wahrscheinlichkeit, dass Karlsruhe das Absatzfondsgesetz kippt, größer ist als seine Bestätigung. Wäre das der Fall, hätte die Klage Aussichten auf Erfolg gehabt. Die Münchener sehen aber das Verfahren in Karlsruhe als „völlig offen“ an. In solchen Fällen müssen Abgaben und Steuern gezahlt werden (AZ M 18 S 06.4166). *uj*

Kurzes am Rande

Sonnleitner freut sich auf Klagen

Bald sollen Widersprüche gegen „CMA-Abgabe“ abgelehnt werden. Dann bliebe nur der Klageweg. Grundlage ist ein Gesetzentwurf

Auf der Grünen Woche gab sich der ADBV-Präsident Gerd Sonnleitner zuversichtlich, dass die Finanzmisere der CMA bald aufgehoben werde. Denn die Bundesregierung habe einen Gesetzentwurf zur Änderung des Absatzfondsgesetzes vorgelegt, der im Mai/Juni beschlossen werde. Dann, so Sonnleitners Interpretation, sei eine neue gesetzliche Grundlage geschaffen. Auf dieser Grundlage werde es dann vorbei sein damit, dass Widersprüche gegen die Bescheide zur „CMA-Zwangsabgabe“ einfach rechtswirksam angenommen werden. Dann würden die Widersprüche ablehnend beschieden. Für die Unternehmen, die den Widerspruch dann rechtswirksam halten wollen, bliebe nur der Klageweg, und der koste Geld, so Sonnleitner. Bekanntlich hat ein großer Teil der abgabepflichtigen Unternehmen – es wird von 40 bis 50 % gesprochen – Widerspruch gegen

Bauern eingezogen. Beachtlich ist auch, dass Sonnleitner sich darüber auslässt, wie mit Widersprüchen umgegangen wird. Denn weder der DBV noch der Absatzfonds, dessen Verwaltungsrat Sonnleitner vorsitzt, hat mit den Abgabebescheiden und den Widersprüchen zu tun. Das ist letztlich allein Sache der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft (BLE), die dem Bundesministerium untersteht.

Gesetzentwurf

Grundlage für Sonnleitners Zuversicht, bald wieder mehr Bauerngelder bei der CMA landen zu sehen, ist ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums (BMELV), der kurz vor Weihnachten vom Bundeskabinett angenommen worden ist. Allerdings handelt es sich nur um eine „kleine Novelle“, die am Absatzfondsgesetz nur technische Änderungen vornimmt. Alle

Änderungen gehen auf die Kritik des Verwaltungsgerichts Köln am Absatzfondsgesetz in keiner Weise ein. Die Kölner Richter sind in einem Klageverfahren zu dem Schluss gekommen, dass das geltende Gesetz mit dem Grundgesetz nicht mehr vereinbar sei, und haben das Bundesverfassungsgericht zur Klärung dieser Frage angerufen.

Sonnleitners Hoffnung stützt sich allein auf den Text der „Begründung“ der



DBV-Präsident Sonnleitner hatte auf der Grünen Woche seine wahre Freude. Foto: IGW

die Abgabenbescheide eingelegt. Damit wollen sie sich das Geld für den Fall sichern, dass das Bundesverfassungsgericht in einem anhängigen Verfahren (AZ 13 K 2230/05) das Absatzfondsgesetz und damit die Zwangsabgabe für verfassungswidrig erklärt. Fällt das Gesetz, muss der Absatzfonds das Geld an die Unternehmen zurückzahlen, die Widerspruch eingelegt haben. Dieser Umstand sorgt dafür, dass der Absatzfonds das Geld, das mit einem Widerspruch belegt ist, nicht der CMA weiterreichen kann, weshalb die CMA ihren Haushalt 2007 um 50 Prozent kürzen musste.

Wenn den Unternehmen nun nur der Klageweg bleibt, um die Abgaben zwar weiter zu zahlen, aber eben nur unter Vorbehalt, dann – so gab Sonnleitner zu verstehen – würden es sich viele Unternehmen überlegen.

Bemerkenswert ist an Sonnleitners Äußerungen nicht nur sein Verhalten gegenüber all den Bauern und Bäuerinnen, die ihre Molkereien, Schlachthöfe oder anderen Abnehmer zum Widerspruch aufgefordert haben. Denn letztlich werden die Abgaben bei den

Novelle. Darin legt die Bundesregierung außergewöhnlich ausführlich ihre Sicht über die angeblich hohe Bedeutung der CMA für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft dar. Offenbar soll damit das Signal an Karlsruhe gesendet werden, dass der Gesetzgeber sich voll hinter Absatzfonds und CMA stellt.

Ob die Karlsruher Richter sich von den Ausführungen der Bundesregierung beeindrucken lassen, bleibt abzuwarten, denn sie werden nicht vor Ende 2008 entscheiden. Fraglich ist aber auch, ob die Strategie von DBV, CMA und Bundesregierung aufgeht, wonach die Gesetzesänderung ausreicht, um die Widersprüche gegen die Beitragsbescheide abzuschmettern. Es geht weiter, nun wieder vor Gericht. *uj*

Anzeige

An alle CMA Beitragszahler (also eigentlich alle Landwirte)

Informieren Sie sich über den Hintergrund des CMA-Rechtstreits sowie die Möglichkeiten des Widerspruchs gegen die Zahlungen unter:

www.absatzfonds-absetzen.de

CMA: Bauerngeld für Industrie-Interessen

Deutscher Bauernverband als Handlanger der Industrie

Seit die „Centrale Marketinggesellschaft“ der deutschen Agrarwirtschaft“, kurz CMA, im Jahre 1970 staatlich eingeführt wurde, um den „Absatz deutscher Agrarprodukte zu fördern“, war sie Bauern ein Ärgernis. Das lag zum einen daran, dass ihnen durch den gesetzlichen „Absatzfonds“ bei jedem Verkauf ihrer Produkte ein Prozentsatz von ca. 0,4 Prozent zwangs-abgezogen wurde. Zum anderen wurde bald deutlich, dass von der stattlichen Summe (2006 ca. 90 Mio. Euro), also von Bauerngeldern, die Werbung der Ernährungswirtschaft und des Handels für deren Produkte subventioniert wurde.

Diese Regelung entsprach der Doktrin des Deutschen Bauernverbands (DBV), die sich so zusammenfassen lässt: Je besser es der „aufnehmenden Hand“ geht, also den Abnehmern im „nachgelagerten Sektor“, den Großgenossenschaften (Landhandel, Molkereien, Schlachtereien) und der übrigen Ernährungswirtschaft, desto besser wird es infolgedessen auch den Bauern gehen. Die Realität zeigte und zeigt allerdings, dass die Konzerne der Ernährungsindustrie ihre Gewinne keineswegs an die Bauern weitergeben oder „durchsickern“ lassen.

DBV für Industrie-Interessen

Im Gegenteil: Diese ernährungsindustrieeorientierte Politik führt dazu, dass die Interessenvertretung der Bauern gegenüber den direkten Abnehmern ihrer Produkte vom DBV vernachlässigt, diskreditiert oder sogar unterbunden wird (z.B. Milchlieferstreiks gegenüber Molkereien, Forderungen nach genauer Deklaration der Einzelkomponenten im Mischfutter). Wo die Unzufriedenheit der Bauern zu groß wird, z.B. wegen des Lebensmitteldumpings der Handelskonzerne, da organisiert die DBV-Spitze dann Aktionen, die im wesentlichen den „Schulterschluss“ der Bauern mit den Molkereien fördern sollen. Einen höheren Milchpreis aber muss man letztlich gegenüber der Molkerei durchsetzen, denn den zahlen nicht Lidl und auch nicht Aldi.

Die CMA ist Ausdruck dieser DBV-Strategie. Man sieht es nicht nur an der Zusammensetzung der aufgeblähten Gremien des Absatzfonds und seiner „Durchführungsgesellschaften“ CMA und ZMP. Man sieht es auch an der Vielzahl der Posten vieler Bauernverbandsvertreter in den Unternehmen der Ernährungsindustrie. Mögen diese aus dem Bestreben nach „bäuerlicher Einflussnahme“ oder aus gut-bezahlter „Postenjägerei“ resultieren – das Resultat scheint immer gleich: vor allem eine starke Einflussnahme der Ernährungsindustrie auf den DBV. Daran ändert auch eine noch weiter erhöhte Zahl von DBV-Vertretern im Absatzfonds nichts.

Es ist kein Wunder, wenn beim „Erlebnisbauernhof“ auf der Grünen Woche der DBV Arm in Arm mit Lidl, Fleischkonzernen, der Ernährungsindustrie und der agrarindustrie-dominierten „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) auftritt. Oder wenn der Verband auf der „Eurotier“ für die neue Variante der Käfighaltung („Kleingruppenhaltung“) wirbt, gemeinsam mit den agrarindustriell dominierten Verbänden Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und dem Bundesverband Deutsches Ei. Oder wenn er gegenüber den Zuchtkonzernen in Fragen der grünen Gentechnik oder der bäuerlichen Nachbau-Lizenzen allzu nachgiebig agiert.

Sogar auf die Seiten von *top agrar* dringt Kritik, wonach auf Druck „einzelner CMA-Gesellschafter“ die Preisvergleiche für Düng- und Pflanzenschutzmittel unterbleiben, bei den Schweinepreisen die Namen der Schlachtereien nicht genannt werden oder die ZMP-Einstellung „zu handelsfreundlich“ sei. Ein Milchbauer: „Wir zahlen dafür, dass unsere Abnehmer besser dastehen.“

CMA ohne Nutzen

In letzter Zeit ist die CMA vor allem auf juristischem Wege in Schwierigkeiten gebracht worden (die Bauernstimme berichtete, siehe auch S. 4). Kritiker wie der Hohenheimer Professor Tilman Becker weisen aber schon lange darauf hin, dass die CMA-Gemeinschafts-Werbung keine positiven Effekte für die Bauern erbringen könne: Es sei insgesamt nicht sinnvoll, z. B. für Käse zu werben auf Kosten des Wurstverzehr – und in der folgenden

Wurst-Werbekampagne wieder umgekehrt („Kannibalmuseffekt“). So sei die teure Sportschau-Werbung denn auch im wesentlichen eine Werbung für die CMA selber, um angehäufte 260-Millionen-Rücklagen rasch vor dem drohenden Zugriff des Staates zu „verbrennen“.

Speziell für die deutsche Herkunft von Agrarprodukten darf die CMA ohnehin schon lange nicht mehr werben – das verbieten die Wettbewerbsregeln der EU. Aber auch vorher war mehr als zweifelhaft, ob die Verbraucher unter dem Eindruck der CMA-Werbung wirklich gezielt nach „deutscher Ware“ fragten: Garantierten die CMA-Qualitätssiegel doch kaum mehr als die – ohnehin gültige – Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. So kam die Werbung auch ausländischen Herstellern und Anbietern zugute – kein Wunder, dass sich z.B. die holländische Blumenindustrie finanziell zu fast 50 Prozent an der „deutschen Blumenwerbung“ beteiligte ...

CMA abschaffen!

Angesichts all dieser Fakten ist es kein Wunder, dass die Forderung nach Abschaffung der CMA bei Bauern hohe Akzeptanz findet. Es bliebe den Firmen der Ernährungsindustrie und des Agribusiness natürlich unbenommen, weiterhin Werbung und Exportförderung zu betreiben – dann allerdings mit eigenem Geld. Und die Bauern könnten mit den CMA-Millionen auf ihren Höfen – individuell oder kooperativ – endlich effektive Maßnahmen finanzieren: für den regionalen Absatz bäuerlicher Qualitätsprodukte und für bessere Erzeugerpreise.

gf



DBV zu Lidl

Der „Erlebnisbauernhof“ von CMA, DBV, FNL auf der Grünen Woche (IGW) stand ganz im Zeichen des Discounters Lidl. In DBV-Schreibern dazu heißt es: „Das Ausstellungskonzept von Lidl ist: ... ausschließlich deutsche Produkte und deren Vorzüge darzustellen...“. Und weiter: „Für die deutschen Bauern ist die Beteiligung von Lidl ... interessant: Mit der erfolgreichen Expansionspolitik des Unternehmens – v.a. in Süd- und Osteuropa – werden Lebensmittelprodukte deutscher Herkunft im Ausland ... verstärkt verkauft.“ Nicht zuletzt: „Unmittelbarer Image-Nutzen für den Ausstellungsbeitrag der deutschen Landwirtschaft auf der IGW durch millionenfache Werbung ohne Kostenbelastung der Landwirte“.

Mitglieder des Absatzfonds-Verwaltungsrats

Für den Zentrallausschuss der Deutschen Landwirtschaft:

Gerd Sonnleitner (Vorsitzender, DBV-Präsident, Beirat BayWa AG, Aufsichtsratsvors. Dt. Landwirtschaftsverlag, Präsidium Deutscher Raiffeisenverband DRV, Aufsichtsratsvors. Dt. Milchkontor GmbH, Verwaltungsratsvors. Ldw. Rentenbank, Verwaltungsrat KfW, Aufsichtsrat R+V-Lebensversicherung, Vorsitzender der FNL, Aufsichtsratsvors. der Land-Data GmbH, usw. ...), **Leo Siebers** (Vorstand der DLG, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Dt. Rinderzüchter ADR u.a.), **Alfons Geerdes** (Präsidium RLV, u.a.), **Reinhard Stieglitz** (Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen-Thüringen), **Karl Meise** (ehem. Präsident Landwirtschaftskammer NRW, Verwaltungsrat Ldw. Rentenbank u.a.), **Franz-Josef Möllers** (Präsident Westf.-Lippischer Landwirtschaftsverband, Präsidialausschuss DRV, Aufsichtsratsvors. Agravis Raiffeisen AG Münster, Aufsichtsratsvors. Bodenkreditbank „Westfälische Landschaft“, Beirat der R+V Allg. Versicherung AG, Beirat Westf. Provinzialversicherung, Aufsichtsratsvors. Landwirtschaftsverlag GmbH Münster-Hiltrup u.a.), **Otto-Dietrich Steensen** (Bauernverband SH, Verwaltungsrat Rentenbank u.a.),

Für die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie: **Goetz von Engelbrechten** (Aufsichtsrat Nordzucker AG, Aufsichtsrat KWS u.a.)

Für den Zentralverband des Handwerks: **Dr. Eberhard Groebel**

Für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels: **Manfred Härtl** (Unifleisch/Contifleisch-Gruppe)

Für den Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels:

Michael Gerling

Für den Aufsichtsrat der CMA:

Friedhelm Decker (Präsident Rheinischer Ldw.-Verband, Vorstand Raiffeisen-Warenzentrale Rhein u.a.), **Robert Hofmeister** (Hofmeister-Unternehmensgruppe, Milchindustrieverband), **Manfred Nüssel** (Präsident DRV, Verwaltungsrat Rentenbank, Aufsichtsratsvors. BayWa AG u.a.)

Für den Bundesverband der Verbraucherzentralen:

Prof. Dr. Edda Müller (vzbv)

Für den Ökol. Landbau: **Thomas Dosch** (Bioland)

Für den Tierschutz: **Wolfgang Apel** (Tierschutzbund)

Für den Umweltschutz: **Josef Göppel** (MdB, DVL)

Für die Bundestagsfraktionen: **Marlene Mortler** (CDU/CSU),

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU), **Gustav Herzog** (SPD),

Marianne Schieder (SPD), **Ulrike Höfken** (B.90/Die Grünen)

Für die Bundesministerien: **Dr. Theo Seegers** (BMELV), **Kurt Büss** (BMWi), **Wilhelm Rissmann** (BMF)

(Stand: 31.12.2006)

Die Zukunft sei mit den Starken

DLG-Wintertagung-München. Eindrücke vom Milchforum

Die auf der DLG-Wintertagung vertretenen Milchviehalter sehen der Zukunft positiv und voller Optimismus entgegen. Eine Abschaffung der Quote, wie sie der Titel der Veranstaltung „Milchquote bis 2015 – Herausforderungen und Chancen danach“ schon vorweg nimmt, beunruhigt hier scheinbar niemanden mehr. Trunken vor Wachstumshormon scheinen die Landwirte zu sein.

Die Praktiker

Leo Sievers, Milchbauer aus Kleve und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rindzüchter sieht keinen Grund, nicht positiv in die Zukunft zu blicken. Für seine Region zumindest zeichnet er die Zukunft denn auch dementsprechend rosig. „Ein Gunststandort für Milch. Viel Grünland, aber auch genug Acker, um Mais anbauen zu können.“ Junge, zukunftsorientierte, sprich expansionsfreudige Betriebsleiter und ein gut aufgestelltes Netz an Lohnunternehmern gibt es an der Holländischen Grenze. Nach Sievers Meinung „beste Voraussetzungen für eine wettbewerbsfähige Milchproduktion“. Sievers selbst gehört nicht zu den Jungen. Er gehört zu den wissenden Alten. Ganz anders der zweite Praktiker auf dem Podium. Landwirt vom Irschenberg aus Bayern. Auch eine Region, der eine Zukunft in der Milchproduktion bescheinigt wird.

Im Stall stehen 65 Kühe. Er selbst ist Anfang 40 und für die Abschaffung der Quote. Allerdings bleibt offen, wo er die Vorteile sieht. Denn Investieren will er nur, wenn es einen Hof-Nachfolger gibt. Ansonsten geht er davon aus, dass der Hof ihn bis zur Rente, noch gut 20 Jahre, ernährt. Wenn der Strukturwandel sich mit der gleichen Geschwindigkeit fortsetzt wie in den vergangenen 20 Jahren könnte das knapp werden. Einen weiteren Einbruch bei den Milchpreisen ganz außer Acht gelassen. Nicht vertreten waren all die Landwirte aus Regionen, in denen die Milchproduktion in den kommenden zehn Jahren abgewickelt werden soll, z. B. den Mittelgebirgen und den neuen Bundesländern.

Die Wissenschaft

Glaubt man den Ausführungen von Folkhardt Isermeyer (siehe auch Bauernstimme 12/06) dann werden bis 2015 nochmals 50 Prozent der Betriebe aufgeben – ganz unabhängig von der Quote. Bei einer Abschaffung der Quote 2015 wird der Milchpreis weiter sinken. Er

könnte aber auch steigen, genau will sich der Wissenschaftler da nicht festlegen und verweist auf die Unwägbarkeiten auf dem Weltmarkt: Angebot und Nachfrage. Fest steht hingegen, dass der Interventionspreis auf 21 €Cent abgesenkt werden wird. Viel mehr will auch die FAL nicht

eine Zukunft zu haben, muss auslaufende Quote kaufen oder mit einer reduzierten Superabgabe kalkulieren. In beiden Fällen kann man als Landwirt nicht gewinnen. Die Investitionen steigern Milchmenge aber auch Arbeit, das Gehalt bleibt gleich. Man muss kein großer Rechner sein, um

zu sehen, dass das ein Verlustgeschäft ist. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Denn wenn man diese Zeit, bis 2015, überstanden hat, dann ist man vorne mit dabei. Das Ganze erinnert an die Rennen in den USA im 18. Jahrhundert, in denen Siedler versuchten, ein gutes Stück Land abzustecken. Jeder gegen jeden.

Während es damals auf ein schnelles Pferd oder eine gute Kutsche ankam, ist heute die Liquidität des Betriebes die entscheidende Größe. Denn wer Übermengen produziert und Superabgabe bezahlen muss, der legt drauf. Die FAL empfiehlt deshalb für den Übergangszeitraum mit besonderen Förderprogrammen die wachsenden Landwirte zu unterstützen.

Die Forderung eines Zuhörers, doch endlich mit den staatlichen Eingriffen aufzuhören und den Markt walten zu lassen, überraschte dann sogar den liberalisierungswilligen Betriebswirtschaftler Isermeyer.

Nahrung und Energie

Aufbruch in ein neues Zeitalter



zur Zukunft am Milchmarkt sagen und gesteht damit ein, dass sie keine Ahnung davon hat, wie sich der Milchpreis entwickeln wird, wenn die Quote weg ist und der EU-Außenschutz fällt. Dabei ist es gerade der Fall des Außenschutzes weswegen die FAL eine Abschaffung der Milchquote empfiehlt. Streng aus betriebswirtschaftlicher Sicht versteht sich. In der Logik der FAL ist der Fall des EU-Außenschutzes geradezu elementar. Kommt er nicht, ist die Quotenabschaffung der schlechtere Weg. Zumindest für Milchbauern. Denn eine Quotenkürzung und gleichzeitige Beibehaltung des Außenschutzes könnte den Milchpreis laut Isermeyer bis auf 37 Cent ansteigen lassen. Aber wer will das schon? Die Milchbauern im Saal offenbar nicht. Sie wollen wachsen, wenn auch nicht klar zu sein scheint wie. Denn selbst wenn die Politik im nächsten Jahr eine Abschaffung der Quote beschließt, wird diese doch erst 2015 wegfallen.

Mehr Milch und Arbeit; weniger Geld

Wer bis dahin wachsen will, und das, so die Aussage von Gerhard Dorfner von der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, sei entscheidend, um

Auch kritische Stimmen

Gegen Ende der Veranstaltung waren es dann bezeichnenderweise junge Hofnachfolger und Betriebsleiter, die auf die familienzerstörende Arbeitsbelastung aufmerksam machten. Als dann auch noch ein Zusammenschluss der Milchbauern gefordert wurde, um ein besseres Verhandlungsmandat gegenüber den Molkereien zu bekommen und einen höheren Milchpreis zu erzielen, konnte man die Stimme des BDM hören.

Bleibt festzuhalten. Auch bei der DLG, die sich selbst als die innovative Spitze der Landwirtschaft sieht, sind sich nicht mehr alle sicher, dass sie zu den Gewinnern der einseitig auf Wachstum um jeden Preis ausgerichteten Entwicklung zählen werden. Von einem Zusammengehörigkeitsgefühl war wenig zu spüren. Vielmehr organisieren sich die Betriebsleiter aus Regionen, denen eine Zukunft vorausgesagt wird. Gemeinschaft entsteht aber auch hier nicht. Als Unternehmer muss man schließlich betriebsindividuell entscheiden. Da bleibt nur wenig Zeit für einen meist misstrauischen Blick auf den Rest des Berufsstands. Schöne neue Landwirtschaft.

Nordmilch verliert QM-Prozess

Milchbauer Claus Peter Jensen muss entschädigt werden

Die Nordmilch eG muss den schleswig-holsteinischen Landwirt Claus Peter Jensen für den Milchgeldverlust entschädigen, der ihm durch Strafmaßnahmen der Nordmilch im Zusammenhang mit dem so genannten Qualitätssicherungssystem Milch (QM Milch) entstanden ist. Jensen hatte sich geweigert, an der QM-Auditierung der Nordmilch teilzunehmen. Er sieht darin keinen Nutzen für die Milchqualität, wohl aber zusätzlichen Aufwand für die Betriebe, der von der Molkerei nicht durch einen Aufschlag ausgeglichen werde. Um Druck auf den Milchbauern auszuüben, kürzte die Nordmilch zunächst Jensens Milchgeld ab dem 12.12.2005. Nachdem Jensen sich weiterhin weigerte, bei QM mitzumachen, holte die Nordmilch seine Milch seit dem 1. Juli 2006 nicht mehr ab. Gleichzeitig wollte die Nordmilch Jensen aber auch nicht aus seiner Milchlieferverpflichtung entlassen, wonach Jensen zu einer anderen Molkerei hätte liefern können.

Jensen klagte gegen die Nordmilch, mit Unterstützung des Bundesverbandes deut-

scher Milchviehhalter (BDM), und hat nun vor dem Landgericht Stade gewonnen. Einer Pressemitteilung des BDM zufolge, muss die Nordmilch ihn für den entstandenen Schaden aus der Milchgeldkürzung sowie aus der Nichtabholung der Milch voll entschädigen.

Der BDM weist darauf hin, dass die von Jensen erzeugte Rohmilch stets allen gesetzlichen und lebensmittelrechtlichen Standards genüge und uneingeschränkt verarbeitungs- und vermarktungsfähig war. Qualitätsmängel seien zu keiner Zeit beanstandet worden. Im Gegenteil sei Jensen jahrelang für die Qualität seiner Milch ausgezeichnet worden.

Für Jensen ist das Urteil ein deutliches Signal. QM sei zwar noch nicht gekippt, doch die Verantwortlichen in der Molkereiwirtschaft, im Raiffeisenverband und im Bauernverband sollten nun den Mut haben, dieses „überflüssige Instrument“ abzuschaffen.

pm

Kurzes am Rande

Nordmilch zahlt 3,5 Cent weniger

Anfang Januar hat Deutschlands größte Molkerei, die Nordmilch, ihren rund 10.000 Milchlieferanten mitgeteilt, dass sie die Milchpreise für Dezember 2006 um 3,5 Cent je kg auf 25 Cent kürzen. Damit zahlt die Nordmilch für den Dezember so schlecht wie im ganzen Jahr 2006 nicht und bis zu 4,5 Cent weniger als die Konkurrenz. Die weitaus kleinere Molkerei Ammerland, von der sich insbesondere Nordmilchchef Stephan Tomat im letzten Jahr wegen deren höheren Milchauszahlungspreise provoziert gefühlt hat, hat ihren Preis für Dezember bei 29,5 Cent gehalten. Damit dürfte sich der Trend fortsetzen, dass Milchbauern bei der Nordmilch kündigen und zu Ammerland wechseln wollen. Ammerland hat schon im letzten Jahr 130 Mio. kg Milch hinzugewonnen. *uj*

Großmolkereien wollen Weltmarkt

Die Molkereikonzerne mit den höchsten Umsätzen (nicht: Gewinne oder Auszahlungspreise!) hat kürzlich die Zeitung *Ernährungsdienst* aufgelistet (in Klammern jeweils Land und Umsatz in Mrd. €): Lactalis/Galvani (F, 6,6), Danone (F, 6,5), Arla Foods (DK/S, 6,2), Friesland (NL, 4,3), Bongrain (F, 4,1), Campina (NL/D, 3,6), Parmalat (I, 3,3), Nordmilch (D, 2,1), Groupe Bel (F, 2,0), Dairy Crest (UK, 2,0). Der Artikel hat bezeichnenderweise die Überschrift „Europäische Milchverarbeiter hoffen auf WTO. Handelsbeschränkungen für Milchprodukte sollen fallen. Weltmarkt für Preise entscheidend“. *pm*

Proteste gegen MUH-Humana-Fusion

Rund 100 Milchbauern haben Mitte Januar in Prüm/Eifel gegen die geplante Fusion von Milch-Union Hocheifel (MUH) und der westfälischen Humana Milchunion protestiert. Sie treibt die Sorge, dass ihre Milchpreise sinken könnten, da Humana nicht nur schlechter auszahle, sondern auch noch knapp 200 Mio. Euro Schulden mitbringe. *pm*

Quo vadis Biogas?

Bayerns Gaskonzerne wollen einspeisen

Bisher gibt es im Freistaat insgesamt 1.350 Biogasanlagen, die zusammen 256 MW Strom erzeugen und damit 2 % des Strombedarfs decken. Für Landwirtschaftsminister Josef Miller ist das nur die erste Stufe der Biogastechnologie. Energiekonzerne wie E.ON Bayern oder die Erdgas Südbayern wollen in den kommenden Jahren Millionenbeträge investieren, um Biogas in ihre Erdgasnetze einzuspeisen. 1,5 Mrd. m³ Bioerdgas sollen es 2030 in Bayern sein, ca. 16 % des heutigen Verbrauchs (zum Vergleich: bundesweit soll der Bioerdgasanteil 2030 bei 10 % liegen). Reserven sieht Minister Miller bei der EU-Flächenstilllegung. 93.000 ha Acker- und Weideland gelte es für Biogas zu erschließen. Mittelfristig seien 2.000 neue Biogasanlagen im Freistaat geplant. Kritiker bezweifeln, ob die für die Gaseinspeisung nötigen großtechnischen Anlagen sinnvoll sind. Wenig euphorisch auch Bauernpräsident Sonnleitner, der die Landwirte an der gesamten Wertschöpfungskette von der Aussaat bis zum Gasverkauf beteiligt sehen möchte. *we*

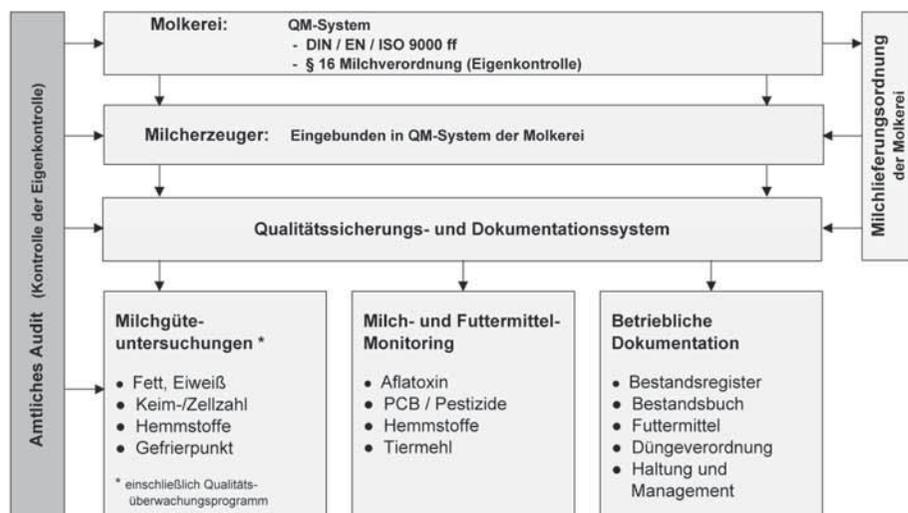
Kühe auf Ajax-Spielfeld

Wichtiger Hinweis für Werder Bremen vor dem anstehenden Champions-League-Rückspiel am 22. Februar gegen Ajax Amsterdam: Der wunde Punkt des neuen Stadions „Amsterdam Arena“ ist der Rasen, der seit 1996 bereits über 50 mal gewechselt werden musste. 20 laufende Ventilatoren sollen das Spielfeld belüften, ohne großen Erfolg. Bereits 2001 hatten Ajax-Fans von der Rasen-Posse genug – sie führten zwei Kühe zum Gras und Düngen aufs Spielfeld. *pm*

QS rufschädigend für Biolek?

Vor dem Kölner Landgericht verteidigt sich Fernsehkoch Alfred Biolek, weil er einen zunächst vereinbarten Werbevertrag für das „QS-Gütesiegel“ der CMA nicht umgesetzt hat. Die Werbeagentur hatte ihm laut Fachzeitung *afz* verschwiegen, dass das QS-Siegel zu diesem Zeitpunkt (Ende 2005) bereits umstritten war und laut Foodwatch lediglich die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben beinhaltete. Biolek fürchtete einen Schaden für seinen guten Ruf und kündigte daraufhin den Vertrag. *pm*

Integriertes Qualitätssicherungssystem Milch = QM MILCH



Diese Abbildung der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen soll einen Überblick geben über das System QM Milch.

Quoten-Diskussion

Minister Seehofer macht Entscheidung von DBV abhängig

Auf der Grünen Woche hat Bundesminister Horst Seehofer (CSU) die Haltung der Bundesregierung zur Milchquote davon abhängig gemacht, welche Position der Deutsche Bauernverband (DBV) einnimmt. Seehofer wies auf den „Bauerntag“ des DBV in Bamberg im Juni hin, auf dem der DBV eine Entscheidung fällen wolle. Damit liegt der Ball nun beim DBV. DBV-Präsident Sonnleitner vertritt öffentlich zwar die Haltung, dass in seinem Verband noch keine Entscheidung gefallen sei. Auf dem Junglandwirteforum des Bund der deutschen Landjugend sagte Sonnleitner

jedoch, dass diejenigen, die sich in Umfragen für eine Quoteregelung aussprechen, meistens aufgebende Betriebe seien.

Ganz verrückt wird die Geschichte durch ein „10-Punkte-Programm“, das der DBV kurz vor dem BDM-Milch-Symposium herausbrachte. Darin heißt es: „Bis 2015 muss die Quotenregelung genutzt werden, um ein weiteres Absinken der Erzeugerpreise zu verhindern.“ Weiter: „Die Bestätigung des Quotenendes zum 31.03.2015 ist so früh wie möglich zu treffen.“ Also: Erst die Quote nutzen, um den Preis zu halten, dann aber die Quote abschaffen ... *uj*

Wettbewerb „Energieeffizienter Bauernhof“

Der Verein Regionen aktiv Chiemgau-Inn-Salzach, in dem Mitglieder der AbL-Bayern sehr aktiv sind, hat einen Energiewettbewerb für landwirtschaftliche Betriebe in den Landkreisen Altötting, Berchtesgadener Land, Mühldorf, Rosenheim, Traunstein ausgeschrieben. „Die Nutzung von Sonne, Wind, Wasser und Biomasse ermöglicht besonders der Landwirtschaft eine wichtige Rolle für eine nachhaltige Energieversorgung. Gleichzeitig ist die sinnvolle Energieeinsparung und die effiziente Nutzung der Energie auf den landwirtschaftlichen Betrieben ein sehr wichtiger Bereich“, heißt es in der Ausschreibung. Die Erzeugung von Energiepflanzen mit hohem Energieaufwand und auf Kosten der Bodenfruchtbarkeit sei weder effektiv noch nachhaltig. „Wie können Bauern vom Rohstofflieferanten zum Energieerzeuger- und -lieferanten werden und damit die Wertschöpfung in der Landwirtschaft und in der Region halten?“, wird gefragt. Der Wettbewerb soll als Denkanstoß dienen und anregen, den eigenen Betrieb durchzuchecken. Als Preise locken ein Wellness-Wochenende für zwei Personen, inklusive Betriebshelfer vom Maschinenring für die Arbeit (10 Std.), außerdem 15 mal zwei Karten vom Landvolktheater Halsbach-Waldbühne. Letzter Abgabetermin ist der 15.02.2007. Infos unter www.chiemgau-inn-salzach.de, Tel.: 08671-928829.

Strafe für Gift auf Hennen

Die „Deutsche Frühstücksei“, größter deutscher Eier-Konzern, zahlt „zähneknirschend“ wegen der „Nikotin-Affäre“ eine Geldstrafe in Höhe von 100.000 Euro. Die Staatsanwaltschaft verhängte Strafbefehle auch gegen die Mitarbeiter einer Reinigungsfirma, die illegal Nikotinsulfat zur Bekämpfung der Vogelmilben einsetzten. Angeblich haben die Verantwortlichen der „Frühstücksei“ davon nichts gewusst, hätten aber – ohne die Aufdeckung des Skandals – einen Nutzen davon gehabt. *pm*

Erbsen-Antibiotika?

„Ein Raunen ging durch die Kirche, als (der niedersächsische Agrar-Staatssekretär) Ripke befürwortete, Erbsen mit antibiotischer Wirkung zu züchten und an das Vieh zu verfüttern, das würde viele Antibiotika sparen... mit einer millionenschweren Förderung werde die Landesregierung an den Grundschulen Transparenz schaffen...“ (aus einem Bericht der *Uelzener Allgemeinen Zeitung* über eine Gentechnik-Podiumsdiskussion in der St.-Marienkirche)

Gentechnik in der PDS

Über eine Gentechnik-Auseinandersetzung innerhalb der PDS berichtete das *Neue Deutschland*: Demnach gibt es im Landesverband Sachsen-Anhalt die Meinung, die Gentechnik beinhalte „große Chancen“ und „wirtschaftliche Zuwächse“ im Gebiet um Magdeburg, der „Wiege der deutschen Pflanzenzucht“. Diese Position wird von anderen PDS-Landesverbänden nicht geteilt, allerdings kritisieren ökologische und linke PDS-Gruppierungen die „Wissenschaftsgläubigkeit“ vieler, vor allem älterer Parteimitglieder, die den „technischen Fortschritt“ kaum hinterfragten. *pm*

Aktionsfahrplan nach Heiligendamm

- 3.-11. März:** Infotour mit Stopps in Graz, München, Schorndorf, Heidelberg, Göttingen, Rostock, Greifswald & Berlin
- 17. April:** Öffentliche Filmvorführungen in mehreren Städten, Aktionstag von Via Campesina
- 22. Mai:** Aktion am Tag der biologischen Vielfalt
- 3. Juni:** Aktionstag „G8 und globale Landwirtschaft“, Fokus auf Gentechnik & Supermärkte

Mehr Infos unter: www.g8-landwirtschaft.net

Kurzes am Rande

Beharrlich gegen Airbus-Piste

Widerstand im Alten Land bekommt Rückenwind

Obstbauern und Bürger aus dem Alten Land bei Hamburg wehren sich weiter gegen die Zerstörung ihrer Existenz und ihrer Heimat durch die neue, verlängerte Landebahn für die Fracht-Version des Airbus-Riesenflugzeugs A 380: Aus Prestigegründen will der EADS-Konzernstandort Hamburg die bloße Möglichkeit (!) nachweisen, diese Frachtversion auch in beladenem Zustand von Hamburg aus zu starten und auszuliefern – obwohl dies wahrscheinlich nie geschehen wird und auch auf dem benachbarten Flugplatz Fuhsbüttel möglich wäre.

Bisher war es dem EADS-Konzern und dem Hamburger Senat vor Gericht gelungen, mit Hinweis auf das „Allgemeininteresse“ (Arbeitsplätze) die Zuschüttung des Süßwasser-Watts Mühlenberger Loch, die Durchbrechung eines Deiches und den Landepisten-Bau in die Obstbauregion Neuenfelde durchzusetzen. Die Betroffenen klagen weiter vor Gericht, um die Industrialisierung ihrer Region zu verhindern, trotz eines gigantischen Meinungsdrucks durch Hamburger Medien und Politiker.



Wahrscheinlich wird nun doch nie ein Airbus A 380 von Hamburg starten. Foto: EADS

Jetzt kommen ihnen folgende Umstände zu Hilfe: Im Streit zwischen den französischen und deutschen Konzernmanagern werden schwerwiegende Hamburger Konstruktionsfehler instrumentalisiert, um die Produktion des A 380 vom deutschen Standort weg und hin nach Toulouse zu verlagern.

Hinzu kommt, dass nach zweimaliger Verzögerung der Auslieferung keine Bestellungen für die Frachtversion mehr vorliegen, die Besteller sind zum US-Konkurrenten Boeing abgewandert. Die Grundlage für das behauptete

„Allgemeininteresse“ für die Verlängerung der Startbahn existiert damit nicht mehr. Das EADS-Werk Hamburg würde statt des A 380 die viel umfangreicheren Aufträge für den etwas kleineren A 320 abarbeiten, mit wesentlich mehr Arbeitsplätzen. Darüber soll im Februar entschieden werden.

„A 380 reißt Airbus in die Krise“ – diese Schlagzeilen signalisieren ein erstes Umdenken bei Aktionären und auch in der Belegschaft – und vielleicht auch bei Konzernspitze und Politik...

ko

8 gegen 1,3 Milliarden

Der G8-Gipfel in Heiligendamm und der Kampf für eine andere Landwirtschaft

Anfang Juni werden die Regierungsspitzen der acht mächtigsten Industriestaaten, die G8, in Heiligendamm zusammenkommen. Mit ihnen werden Tausende in das Ostseebad reisen, um gegen die Politik von USA, Deutschland & Co. zu protestieren.

Die G8-Staaten gelten vor allen anderen als diejenigen, die durch Liberalisierung einen Weltmarkt für Agrarprodukte schaffen wollen, in dem nur die bestehen können, die zu Billigpreisen anbieten. Ihnen wird vorgeworfen, durch ihre Subventionen große Agrarfabriken zu fördern und mit ihrer Dumpingpolitik Märkte im Süden zu zerstören. Und es sind die G8, die auf den Schutz geistiger Eigentumsrechte drängen, der Gentechnik zur wahren Goldgrube macht und durch den Bauern und Bäuerinnen überall auf der Welt für den Saatgut-Nachbau zur Kasse gebeten werden können. Nicht zufällig stehen geistige Eigentumsrechte in Heiligendamm ganz oben auf der Agenda. „Kurzum: Die Politik der G8 richtet sich gegen die 1,3 Milliarden Menschen, die weltweit in der Landwirtschaft arbeiten“, so das Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft, das von Einzelpersonen und AktivistInnen aus Zusammenhängen wie der Biopiraterie-Kampagne, dem Attac AgrarNetz und dem Barnimer Aktionsbündnis gegen Gentechnik ins Leben gerufen worden ist.

Durch Aktionen vor und während des Gipfels (siehe Kasten unten links) wollen sie auf die Verwerfungen kapitalistischer Landwirtschaft und den weltweiten Widerstand dagegen aufmerksam machen. Im Fokus stehen alle Glieder der „Agro-Wertschöpfungskette“: Den Auftakt macht eine Infotour zum Thema Sozial- und Ökodumping in der Produktion Anfang März, gefolgt von öffentlichen Filmvorführungen zur Thematik Landkonflikte am 17.4. und einer Aktion zu Saatgut und Biodiversität im Mai. Während des Gipfels sind Aktionen in Supermärkten und auf „Genfeldern“ geplant. Auch nach dem G8-Gipfel will das Netzwerk die Frage nach einer anderen Landwirtschaft aufwerfen „und sich ihrer weiteren Auslieferung an das Agrobusiness in den Weg stellen“. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Pia Eberhardt, Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft & Attac AgrarNetz

Strom vom Dach und Raps im Tank

Östlich von München an der Österreichischen Grenze liegt der Hof von Konrad Schützeneder. Der Betrieb hat 40 ha, 25 Milchkühe und eigene Nachzucht. Die Böden reichen von wüchsigen Sandböden der Inntalau bis zu schweren Lehmböden an den oberen Talhängen.

Beflügelt von der Idee, den Hof Energieautark zu machen, hat Konrad Schüt-

Um dies zu vermeiden, wird herkömmlich mit Diesel gestartet. Über einen Schalter kann dann zwischen beiden Kraftstoffvarianten gewählt werden. Schaltet man direkt nach dem Start auf Rapsöl um, dann läuft der Motor noch so lange mit Diesel, bis das Rapsöl die erforderliche Temperatur erreicht hat, und schaltet dann automatisch um. Im weiteren Betrieb unterscheidet sich

der Motor nicht von der Dieselvariante. Erst wenn der Traktor oder das Auto für längere Zeit, z. B. über Nacht, abgestellt wird, muss das in den Kraftstoffleitungen verbleibende Rapsöl durch Diesel ersetzt werden. Dies geschieht entweder, indem man kurz vor Ende der Fahrt manuell auf Dieselbetrieb zurückschaltet oder durch eine kleine Pumpe, die nach dem Abschalten des Motors die Leitungen mit Diesel spült und den Motor wieder für den nächsten Start vorbereitet.

Die Umrüstkosten liegen bei ca. 1.400 € beim Auto und bei ca. 2.400 € für einen Schlepper mittlerer Größe. Bei einer jährlichen Fahrleistung von 10.000 Kilometern bzw. 600 Betriebs-

stunden und einem Verbrauch von 6 Litern pro km bzw. Betriebsstunde macht sich die Investition, wenn man von einer Preisdifferenz zwischen Diesel und Rapsöl von 30 Cent ausgeht, nach zwei bzw. drei Jahren bezahlt rechnet Schützeneder vor.

Warum aber ist der Einsatz von Pflanzenöl in der Landwirtschaft kaum verbreitet? Denn bisher haben vor allem große Fuhrunternehmen ihre LKW auf Pflanzenölbetrieb umgestellt. Die Gründe sind politischer und technischer Natur. Die Motorenhersteller geben bis heute keine Freigabe für den Betrieb mit Pflanzenöl. Und dies, obwohl inzwischen umfangreiche Erfahrungen aus dem 100 Schlepperprogramm vorliegen. Schwierigkeiten sind bisher vor allem beim Motoröl aufgetreten. Im Normalbetrieb gelangt immer ein Teil des Kraftstoffs aus der Brennkammer vorbei an den Kolben in das Motoröl. Beim Dieselbetrieb ver-

dampft der Kraftstoff aufgrund der hohen Öltemperatur. Anders das Rapsöl. Dieses reichert sich im Motorenöl an. Es kann zu einem merklichen Anstieg des Volumens kommen. Bei hohen Öltemperaturen kann es darüber hinaus zu einer Polymerisation des Motorenöls kommen. Rapsöl und Motorenöl verbinden sich dabei zu langen Ketten und werden zu einer zähflüssigen Masse, die ihre Schmiereigenschaften verliert. Wenn es soweit kommt, ist ein Motorschaden unausweichlich.

Doch wenn man sich an die vorgeschriebenen Ölwechselintervalle hält, so zeigt die Praxis, entsteht das Problem nicht. Gute Erfahrungen hat auch Lohnunternehmer Fridel gemacht. Er hat zwei seiner drei Mähdrescher 2005 auf den Betrieb mit Pflanzenöl umgerüstet. „Bisher gibt es nur positive Erfahrungen. Die Leistung ist gleich geblieben oder sogar leicht gestiegen. Der Verbrauch ging leicht zurück. Bisher rechnet sich die Umstellung“, so Fridel. Im kommenden Jahr sind die Investitionen erwirtschaftet. Dann will er ein kleines Polster anlegen, für eventuelle Motorschäden „Ich habe noch immer ein mulmiges Gefühl.“

Die Motorenhersteller haben vor allem wegen der Qualitäten des Rapsöls Bedenken. Die immer komplizierter werdenden Motoren reagieren empfindlich auf kleinste Änderungen in der Kraftstoffqualität und im Gegensatz

zur Herstellung von Diesel in großen Raffinerien wird Rapsöl „im Hinterhof“ produziert. Direkt auf dem landwirtschaftlichen Betrieb kann der Rapssamen gepresst werden. Nach zwei anschließenden Filterstufen ist das Öl fertig. Die einfache Herstellung und die Umweltverträglichkeit, das natürliche Produkt ist voll abbaubar und bedarf keines doppelten Tanks, sind große Vorteile.

Auf dem Betrieb von Konrad Schützeneder selbst wird kein Raps angebaut. Er bezieht sein Öl von einem Betrieb im Nachbardorf. In einem Nebengebäude werden bei Christian Weber übers Jahr 200 bis 300 Tonnen Raps zu Öl verarbeitet.

Für die Nutzung im landwirtschaftlichen Betrieb hat Pflanzenöl große Vorteile. Neben der nachhaltigen Produktion und Umweltverträglichkeit ist die regionale Wertschöpfung ein großes Plus.

Konrad Schützeneder bereut seine Entscheidung nicht. In Zeiten der Klimawärmerwärmung aber auch sinkender Einkommen ist Pflanzenöl geradezu ideal für den landwirtschaftlichen Betrieb, sagt er. Und so freut es ihn, im neuen Bischof von Eichstätt, Gregor Marie Hanke, einen „Glaubensbruder“ gefunden zu haben. Der jedenfalls lies als eine seiner ersten Amtshandlungen sein Dienstauto auf Pflanzenöl umrüsten.

mn

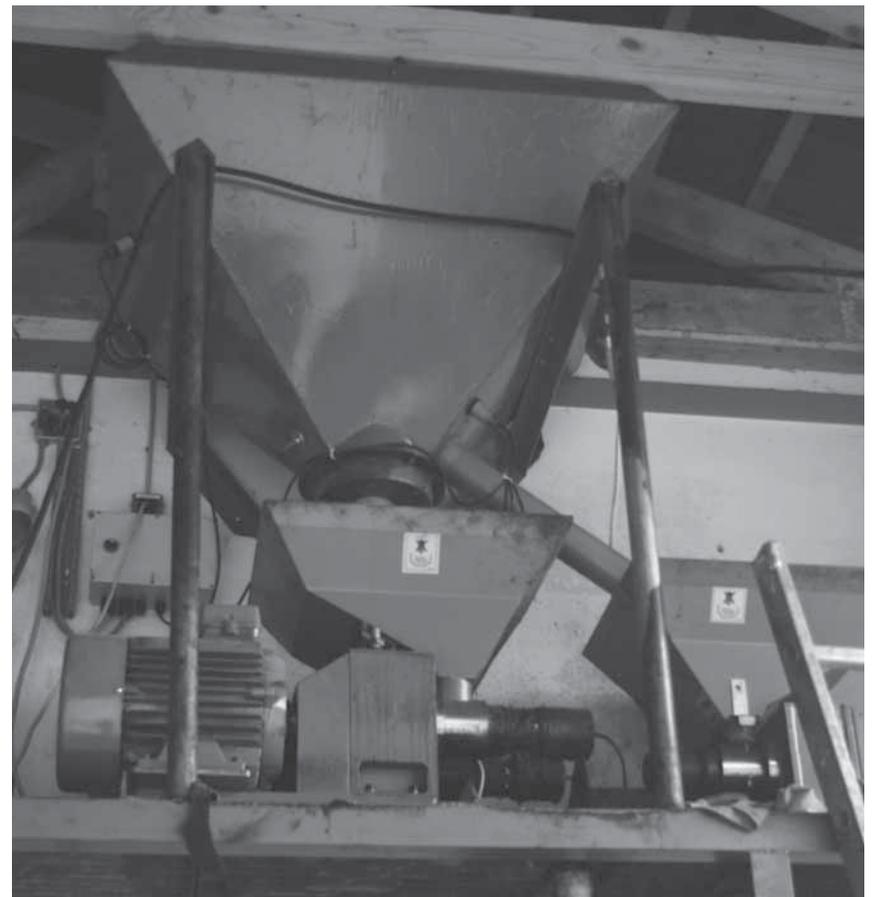


Konrad Schützeneder mit seinem Pflanzenölschlepper

zener vor 4 Jahren auf das Dach des Kuhstalls eine Fotovoltaikanlage mit 30 kW installiert. Eine zweite mit 40 kW sollte wenig später folgen. Inzwischen ist das Dach komplett genutzt. Für die Heizung dient das Holz aus dem eigenen Wald. Blieben der Traktor und das Auto, die dem Ziel der zumindest rechnerischen Energieunabhängigkeit noch im Wege standen.

Das sollte sich ändern. Schon Anfang 2006 wurde das Auto auf den Betrieb mit Pflanzenöl umgerüstet. Der Traktor folgte im vergangenen Herbst.

Beide Fahrzeuge sind mit einem Zweitanksystem ausgestattet. In dem einen (kleineren) Tank befindet sich Diesel. Der zweite Tank ist für Rapsöl. Um eine gute Verbrennung des Rapsöls sicher zu stellen und Motorschäden vorzubeugen, muss das Öl eine Temperatur von 70 Grad haben. Bei einem kalten Motor kommt es sonst zu Ablagerungen im Motor, die die Lebensdauer verringern.



Die Ölmühle im Nachbardorf

Foto: Nürnberger



Erneuerbare Energien ausgebaut

Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2006 gegenüber 2005 um 1,1 Prozentpunkte auf 11,6 Prozent gewachsen. Das teilte der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) mit. Windenergie, Biogas und Solarstrom seien die Hauptträger des Wachstums gewesen. Deutschland habe das von der EU für das Jahr 2010 vorgegebene Ziel von 12,5 Prozent Stromanteil der Erneuerbaren somit bald erreicht. Auch beim Kraftstoff sei die Zielmarke der EU von 5,75 Prozent fast erreicht; der Anteil von Kraftstoff aus Biomasse liege bei 5,4 Prozent, so der BEE. Bezogen auf den gesamten Endenergieverbrauch sei der Anteil der biogenen Quellen im vergangenen Jahr um 0,9 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent gestiegen. pm



Waldreich ist die Landschaft oberhalb von Buchenberg im Allgäu.

Bauern liefern Wärme aus Holz

Das Biomasseheizwerk Buchenberg im Allgäu läuft seit zehn Jahren erfolgreich

„Dann machen wir uns ja von den Bauern abhängig!“ Das waren die Vorbehalte, als die Gemeinde Buchenberg Mitte der 90er Jahre den Bau eines Biomasseheizwerks plante. Heute kann Heinrich Prestel, Biobauer und Betriebsleiter des Werks, darüber nur lächeln. Haben die Russen doch kurzzeitig ihren Gashahn zugedreht und damit ganz Deutschland in Panik versetzt.

Auf der AbL-Mitgliederversammlung in Altenkirchen hat Heinrich Prestel im Diskussionsforum „Nachwachsende Rohstoffe“ die Anlage vorgestellt. Dabei ist sein interessantes Projekt leider etwas kurz gekommen, bedingt durch einen großen Diskussionsbedarf zum Thema Biogas (wie Einstieg der Energiekonzerne, Gentechnik und Bodenfruchtbarkeit). Doch bot sich der Bauernstimme inzwischen die Möglichkeit, die Anlage vor Ort zu besichtigen und mit den Bauern zu sprechen, die das Holz liefern.

Nahwärmenetz durchgesetzt

Die Gemeinde Buchenberg, südlich von Kempten, liegt auf einer Höhe von 900 m über NN in einem reinen Grünlandgebiet und ist reich an Wald. Doch viel Holz blieb im Wald liegen, Wipfel- und Abraumholz wurden nicht genutzt. Den Anlass zum Bau eines Biomasseheizwerks gab ein neues Baugebiet. Als Vorbild diente ein Dorf in Österreich, das komplett durch ein kleines Nahwärmenetz versorgt wird. Doch ein solches Projekt kann nur funktionieren, wenn für eine ausreichende Grundauslastung durch genügend Abnehmer gesorgt ist. Ein Anschlusszwang sei öffentlich-rechtlich aber nicht durchsetzbar, betont Heinrich Prestel. Hier kam der Gemeinde zu gute, dass sie Eigentümer der Flächen war. Wer also ein Grundstück im Neubaugebiet kaufen wollte, musste mit dem Wärmeverbund Buchenberg einen

privatrechtlichen Vertrag schließen und sich damit für die nächsten zehn Jahre zur Abnahme der Wärme verpflichten. Die zehn Jahre sind um, das Holzheizwerk hat sich bewährt, so dass nun ein weiteres Neubaugebiet angeschlossen wird.

Bauern im Wärmeverbund

Betrieben wird die Anlage vom Wärmeverbund Buchenberg GmbH & Co.KG, an der fünf Landwirte aus Buchenberg beteiligt sind sowie die Gemeinde selbst. Neben den Häusern des Neubaugebiets – „Nullenergiehäuser sind eher bescheidene Kunden“, so Heinrich Prestel – konnten auch

einige Altbauten bzw. Wohnblocks sowie kommunale Gebäude wie Schule, Turnhalle, Kindergarten und Feuerwehrhaus an das Nahwärmenetz angeschlossen werden. Der Holzheizkessel deckt dabei mit 850 kW die Grundlast ab. Für Spitzenlast- oder Notbetrieb hängt die bereits vorhandene Heizzentrale in der Schule mit Ölkessel und einer Leistung von 1.600 kW mit am Netz. „Mit dem strengen Winter 1995/96 hatte die Anlage gleich ihren Härtestest zu bestehen“, erinnert sich Betriebsleiter Prestel. 30 m³ Holzhackschnitzel verbraucht das Hackschnitzelheizwerk unter Vollast am Tag. Und das quasi im just-in-time-Betrieb, denn viel Lagerkapazität für die Hackschnitzel ist nicht vorhanden. Ca. 400 m³ Hackschnitzel fasst die Lagerhalle hinter dem Heizhaus. Lange Lagerung ist nicht erwünscht, weil das von den Bauern angelieferte Material einen Feuchtegehalt bis 40 Prozent hat. Darauf ist die Technik des Heizkessels ausgelegt und trocknet den Holzschnitt direkt im Ofen. „Wir liegen dabei weit unter den Grenzwerten für Emissionen, die beim Heizen mit Holz in Privathaushalten anfallen“, lobt Heinrich Prestel die moderne Technik. Doch lange lagern lässt sich so feuchtes Material nicht.

Holz neu erschlossen

Für die Landwirte um Buchenberg ist die Belieferung des Heizwerks mit Holzhackschnitzeln inzwischen zu einem interessanten Einkommenszweig geworden. Oberhalb von Buchenberg im Ortsteil Eschachried treffen wir Franz und Bernd Heckelsmüller, Vater und Sohn, die einen Milchviehbetrieb bewirtschaften. 11

Hektar Wald gehören zum Betrieb. Heute haben sie einen Gehölzstreifen ausgeleuchtet. Viel dünne Äste und auch einige dickere Stämme liegen auf der Wiese. Noch ein bisschen Zurechtschneiden mit der Motorsäge und dann geht es ab in den großen Häcksler, der hinter dem einen Schlepper hängt. Schnell füllt sich der Ladewagen hinter dem zweiten Schlepper mit dem Schnittgut. „Früher hätte man so schwaches Holz einfach liegengelassen“, erklärt Franz Heckelsmüller. Heute heizt er auch bei sich zu Hause mit Hackschnitzeln. Die Bauern haben investiert und gemeinsam Maschinen angeschafft. Damit lassen



Franz und Bernd Heckelsmüller bei der Produktion von Brennstoff
Fotos: Erdmanski-Sasse

sich auch dickere Stämme häckseln. „Da wir nicht viel lagern können, müssen wir schon absprechen, wer wann sein Häckselgut anliefert“, erklärt Heinrich Prestel als Betriebsleiter der Anlage, „dann muss das Holz eben etwas liegenbleiben, bevor es gehäckselt wird.“ Auch Schreinerbetriebe bringen ihr Sägespäne zur Anlage nach Buchenberg. Zugekauft werden auch Hackschnitzel aus großen Holzwerken.

Ersatz für 100 ha Energiepflanzen

Bei der Planung des Heizwerks in den 90er Jahren wurde als möglicher Brennstoff auch Biomassepellets aus Ganzpflanzen oder Stroh in Erwägung gezogen. Doch man blieb beim Holz, wovon im Jahr rund 1.600 t verheizt werden. Berechnungen haben ergeben, dass eine Vollversorgung mit Ganzpflanzenpellets im Vergleich dazu einen Bedarf von 100 ha Ackerfläche für die Energieerzeugung bedeuten würde.

we

Kritik an Biokraftstoff aus den Tropen

EU-Kommission will Biospritanteil verzehnfachen. Tropische Länder setzen auf Exporte von Biokraftstoffen

Immer mehr Umweltgruppen aus den Tropen richten sich mit dramatischen Hilferufen zum Thema Bioenergie an uns. Sie bitten uns, den Menschen in der EU klar zu machen, welche katastrophalen Auswirkungen Bioenergie aus Palmöl, Soja oder Zuckerrohr für die Menschen und Wälder in den südlichen Ländern der Erde hat“, sagt Reinhard Behrend von Rettet den Regenwald. Er schickte den Hilferuf über die elektronischen Verteiler der deutschen Zivilgesellschaft. Mehrere hundert Umweltgruppen aus den Tropen haben in einem offenen Brief die EU aufgefordert, auf Biokraftstoffe aus den Tropen zu verzichten.

Einen Tag später in Brüssel.

Die EU Kommission gibt eine Mitteilung an den Rat und das Parlament heraus mit dem Titel: Eine Energiepolitik für Europa. In diesem Dokument schlägt die Kommission vor, dass Biokraftstoffe, die jetzt noch einen Prozent der gesamten Nachfrage decken, bis zum Jahr 2020 auf zehn Prozent ansteigen sollen. Der Anteil erneuerbarer Energien soll am Gesamtenergiemix der EU von derzeit 7 Prozent auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 erhöht werden. Die Summe an Mehrkosten für diese Energiepolitik beziffert die Kommission auf bis zu 18 Milliarden Euro jährlich und weist gleichzeitig darauf hin, dass Größenvorteile die Kosten der Nutzung erneuerbarer Energien senken können. Das Papier ist eine Grundlage für das EU-Ratstreffen zum Thema Energiepolitik Anfang März. Angela Merkel will die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um die Energiepolitik der Europäischen Union auf eine neue Grundlage zu stellen.

Alltag in Indonesien:

„Der Biodiesel aus Palmöl boomt und die Geschäftswelt investiert wie schon lange nicht mehr. Der Export nach Europa ist im vergangenen Jahr um 20 Prozent gestiegen“, sagt Marianne Klute von der Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia und prognostiziert: „Noch wächst auf 6,5 Millionen Hektar Palmenöl und die Flächen sollen um weitere 20 Millionen

Hektar ausgedehnt werden.“ Den Palmölplantagen müssten dann Wälder und auch die Nahrungsmittelproduktion weichen. „Vor allem indigene Völkergruppen leben unmittelbar von Produkten aus den Wäldern“, sagt Klute. Diese würden bei einer Ausdehnung der Plantagen einfach verdrängt werden. Auch den Kleinbauern räumt Klute nur wenig Chancen ein, an dem Exportgeschäft von Biokraftstoffen aus Palmöl zu profitieren.

„Aus Palmöl und Zuckerrohr kann der Biokraftstoff am günstigsten produziert werden. Eine Produktionsausdehnung führt unweigerlich zu einer massiven Abholzung der Regenwälder und damit zu sozialen und ökologischen Problemen“, sagt Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL. Es sei deshalb notwendig, den Im-



Regenwald: erhaltenswert!

Foto: Menn

port von Biokraftstoffen an umweltpolitische Kriterien zu binden und auch an das Konzept der Ernährungssouveränität. „Die bäuerlichen Betriebe hier und weltweit profitieren nur von den nachwachsenden Rohstoffen, wenn diese lokal und dezentral genutzt werden“, sagt Voß. „Die EU und die europäischen Länder sollten eine offensive Gesetzgebung für die Nutzung von Wärme und Kraftwärmekopplung aus regenerativen Quellen vorantreiben. Hier sind große ungenutzte regionale Potentiale.“

bet

Kurzes am Rande

„Treibstoff-Delirium“

Der AbL-Vorsitzende und Europaabgeordnete Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sieht den Deutschen Bauernverband und die Agrarwirtschaft in einem „Treibstoff-Delirium“. Sie hätten auf der Grünen Woche eine unverantwortliche Euphorie für die Treibstoff-erzeugung aus Pflanzen verbreitet. „Herr Sonnleitner versucht, uns den Pflanzensprit als Ausweg aus unserer Energieabhängigkeit zu verkaufen. Das ist landwirtschaftlich kurzsichtig und ernährungs-politisch gefährlich“, so Graefe zu Baringdorf, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament. Der aktuelle Boom bei nachwachsenden Rohstoffen müsse strikten umweltpolitischen Auflagen unterliegen und Vorrang für die Lebensmittelerzeugung sicherstellen, sonst werde die Ernährungssicherung weltweit gefährdet. Bereits heute werde in Ländern wie Brasilien und Malaysia durch die steigende Nachfrage nach Pflanzendiesel und Ethanol Raubbau an Böden und tropischen Wäldern sowie an Wasser betrieben und so der armen Bevölkerung Land und Brot streitig gemacht. „Auch bei uns muss unterschieden werden: Lokale Biogasgewinnung aus landwirtschaftlichen Reststoffen ist sehr sinnvoll, intensivste Monokulturen zur Fütterung von Autos und Groß-Biogasanlagen nicht“, erklärt Graefe zu Baringdorf. Die Weltgetreidereserven seien auf dem niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren. Wenn jetzt noch Ernteauffälle durch die Auswirkungen des Klimawandels hinzukämen, trügen die energiehungrigen Industrieländer Mitverantwortung für neue Ernährungskrisen. pm

Mexikos täglich Brot teurer wegen Maissprit in den USA

Tortilla, bei uns ein modischer Snack, für 105 Mio. Mexikaner ein Grundnahrungsmittel. Ein Kilo davon verzehren viele Familien täglich. Doch in den letzten Wochen ist der Preis der dünnen Maisfladen um über ein Drittel in die Höhe geschossen, wie die taz berichtet. Mais ist knapp. Der Preis auf dem internationalen Markt hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Hauptexporteur USA produziert aus Mais zunehmend Bioethanol, sprich Kraftstoff. Waren es 1995 noch 10 Mio. t Mais für Sprit, sind es heute 60 Mio. Tonnen. Tendenz steigend. Und noch eins verdeutlicht die Tortillakrise in Mexiko: die Abhängigkeit vom großen Nachbarn. Nach dem Freihandelsvertrag Nafta von 1994 hat billiger Mais aus den USA den Markt überschwemmt, so dass Mexiko heute fast die Hälfte seines Bedarfs in den USA kauft. Nun will man dort offensichtlich lieber Auto mit fahren. Hilfsmaßnahmen für Kleinbauern oder staatlich gestützte Preise lehnt Mexikos neoliberaler Präsident Calderón ab, will stattdessen noch mehr Mais zollfrei einführen. we

Energiepflanzen steigern N-Verbrauch

Der zunehmende Anbau von Energiepflanzen in der EU führt nach Ansicht des Europäischen Verbands der Düngemittelhersteller (Efma) zu einem vermehrten Verbrauch an Düngemitteln. Für die kommenden zehn Jahre sieht der Verband daher erstmals wieder einen „positiven Trend“ für den Absatz von Düngemitteln, berichtete *Agra Europe London*. Insbesondere der vermehrte Anbau von Raps zur Produktion von Biodiesel führe dazu, dass mehr Stickstoffdüngemittel benötigt würden, zitiert der *Ernährungsdienst*. Demnach gehe Efma von einem Anstieg der Rapsfläche in der EU bis 2016 von 55 Prozent aus, mit der Folge, dass der Einsatz von Stickstoffdüngern in der Zeit um 2,5 Prozent bzw. 0,28 Mio. t steige. 2005/06 sei laut Efma der Verbrauch von Stickstoffdüngemitteln in der EU-25 gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent gesunken. pm

Gorleben-Fixierung

„Gorleben steht eigentlich schon fest als Endlager“ – so Volker Kauder, Chef der Bundestags-Unionsfraktion, bei einem Pressetermin in Lüneburg (Landeszeitung, 14.11.07).

Keine geeigneten Atommüll-Behälter

Schutzbehälter aus dem Mineral Zirkon sind möglicherweise nicht zur langfristigen Atommüll-Lagerung geeignet. Forscher der Universität Cambridge berichten in der Zeitschrift „Nature“, aus den Behältern könne das hochgiftige Plutonium 239 schon nach 1.400 Jahren radioaktiver Bestrahlung austreten. Die typische Strahlungsdauer dieses Supergifts liegt bei 241.000 Jahren. pm

Um ca. 17 Prozent ist der Umsatz bei Bio-Lebensmitteln im letzten Jahr gewachsen. Bei den Erzeugerpreisen der Biobauern ist das bisher kaum angekommen. Zu den Hintergründen haben wir Bioland-Präsident Thomas Dosch gefragt. Im Interview geht er auch auf die wachsende Spanne von Groß und Klein bei Bioland-Betrieben ein. Zudem denkt er über eine Öko-CMA nach und fordert dazu auf, nie aufzuhören, die Zukunft als Pionier zu gestalten

„Unsere Betriebe können besser gut als billig“

Bauernstimme: Herr Dosch, der Bio-boom geht um. Kommt er auch bei den Biobauern an?

Thomas Dosch: Ich rede für eine Erzeugerorganisation. Zweistellige Umsatz-zuwächse im Jahr 2006 – wie schon im Jahr 2005 – beziehen sich immer auf den Gesamtumsatz, auf Großhandels-ebene, es ist nicht der direkte Umsatz auf Bauernebene. Die Erzeugerpreise sind nach wie vor zu niedrig. Das ist auch mit ein Grund dafür, dass zu wenig Bauern umstellen. Die Politik hat mit verringerten Fördersätzen falsche Weichen gestellt, aber man muss auch sehen, wie die Erzeugerpreise insgesamt nach oben gefahren werden können. Bei der Milch liegen die Erzeugerpreise auch mit Bio-Zuschlägen immer noch unter den Produktionskosten. Bei Getreide haben wir eine Knappheit bei Hafer auch deshalb, weil im Jahr zuvor einfach zu schlecht bezahlt wurde – es ist nicht nur die schlechte Ernte. Daraus haben die Bauern „gelernt“ und weniger Hafer angebaut.

Wenn die Nachfrage stärker wächst als das Angebot, müssten die Erzeugerpreise aber doch steigen?

Die Preise ziehen an, bei Getreide, auch bei der Milch haben wir uns ein Stück weit von der Preisentwicklung im konventionellen Markt abgekoppelt. Aber auf der anderen Seite werden Preise heute auch durch europäische und internationale Märkte bestimmt. Heute finden wir auch in vielen Naturkostläden den vorverpackten österreichischen Bio-Bergkäse zu Niedrigpreisen.

Können die österreichischen Biobauern billiger melken?

Nicht direkt. Der Käse aus Österreich ist deshalb so günstig, weil der österreichische Biobetrieb schon immer eine höhere Bioförderung bekommen hat. So lässt sich die Biomilch aus dem Nachbarland notfalls zu konventionellen Preisen verkaufen und der Bio-Zuschlag über die Förderung sichern. Das kann ein deutscher Betrieb so

nicht. Wir brauchen die Förderung und den höheren Preis. So ist nun mal die Konkurrenzsituation.

Welche Möglichkeit gibt es für Bioland, auf internationalen Druck zu reagieren?

Bei unseren Vertragspartnern, mit denen wir den Markt gemeinsam aufgebaut haben, gibt es feste Lieferbeziehungen und Vereinbarungen. Preis-Spitzen und Preis-Täler können so gekappt werden. Jetzt, wo die Preise ansteigen, verlangen wir nicht astronomisch mehr, und wenn die Zeiten schlecht sind, drücken sie uns nicht runter mit dem Argument: Der Österreicher bietet es uns aber noch



Biolandpräsident Thomas Dosch

mal billiger. Da gibt es feste Partnerschaften. In Qualitätspartnerschaften gehen wir den Markt für Premium-Bio an und sichern uns gegenseitig ab.

Wer ist „wir“?

Der Verarbeiter und der Erzeuger, nur auf der Ebene kann das funktionieren. Die Bioland-Verarbeiter haben sich verpflichtet, Bioland-Rohstoff zu beziehen. Die Bioland-Molkerei kann nicht hingehen und sagen, der Däne hat's billiger. Gleichzeitig wissen wir, dass wir nicht im Wolkenkuckucksheim leben, weil natürlich die Molkerei oder Schlachtereier wiederum einen anderen Konkurrenten hat. Aber gemeinsam haben wir



Das klassische Bild vom Biostand

© BLE, Bonn/ Foto: Thomas Stephan

die Aufgabe, unserer Kundschaft zu zeigen, warum Bioland Premium-Bio ist und mehr kosten muss.

Damit die Molkerei bei der Stange bleibt, muss das Bioland-Zeichen der Molkerei einen Mehrwert bringen, der sich gegenüber Mitbewerbern am Markt bemerkbar macht. Worin liegt dieser Mehrwert? Was ist die Marktstrategie von Bioland?

In einem internationalen Biomarkt ist Bioland ein bekanntes Qualitätszeichen, mit dem wir die Austauschbarkeit unserer Betriebe verhindern wollen. Es ist Verarbeitern so viel wert, dass sie es zum Imagegewinn nehmen und dabei akzeptieren, dass wir ihnen vorschreiben, dass sie nur Bioland-Qualität einkaufen dürfen. Ein zusätzlicher Aspekt ist, dass wir verlässlicher Rohstoffbeschaffer sind, d.h. wir organisieren uns als Erzeugerbetriebe so, dass der Verarbeitungsbetrieb die Qualitäten bekommt, die er braucht. Bioland steht für „Bio mit Beziehung“, mit konkreten Menschen, die für ihre Bioland-Produkten stehen.

Ein Beispiel bitte?

Zum Beispiel das Kuh-M-Projekt mit der Molkerei Söbbecke. Mit der haben wir ein Qualitätsmanagement entwickelt, von dem Erzeuger und Molkerei profitieren. Grunddaten des Betriebes und die Ergebnisse der Milchleistungsprüfung werden verknüpft. Die Ergebnisse vergleichbarer Betriebsgruppen bieten jedem Betrieb die Möglichkeit, seine Leistungswerte mit denen anderer Betriebe anonym zu vergleichen – ohne großen Extra-Aufwand. Für jedes einzelne Kriterium kann er über EDV sehen, ob er über oder unter dem Durchschnitt liegt und ob Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Wenn er immer unten ist, kann er mit Hilfe der Bioland-Beratung analysieren, woran das liegt. Das bringt die Molkerei

weiter und das bringt unsere Betriebe weiter, weil sie so insgesamt Top-Qualität erzeugen und nicht einfach ausgetauscht werden können.

Sie nennen als Bioland-Marktstrategie die Stärkung des Bioland-Zeichens und als zweites die Beratung Ihrer Mitgliedsbetriebe. Eine andere Möglichkeit wäre für einen Verband, seine Bauern am Markt zu organisieren, z.B. in Erzeugergemeinschaften. Denn auch im Biobereich werden Verarbeiter größer, womit sich das Machtgefälle zulasten der Bauern verschiebt, wenn sie sich nicht organisieren. Warum hält sich der Bioland-Verband hier so sehr zurück? Erzeugergemeinschaften sind ein wichtiges Standbein der Bioland-Vermarktung. Über die Bioland Markt GmbH haben Betriebe ebenfalls die Möglichkeit zu vermarkten. Ganz wesentlich sind aber die langjährigen Beziehungen zu Vertragspartnern und die Direktvermarktung. Dass wir uns in der Vermarktung zurückhalten, ist ein falscher Eindruck. Heute halte ich die Organisation von Bauern für notwendiger denn je, um in wachsenden Märkten nicht gegenseitig ausgespielt zu werden. Es gibt aber auch einzelne Mitglieder, die meinen, der Verband solle sich gerade nicht um Vermarktung kümmern. Insbesondere wenn sie außerhalb von Erzeugergemeinschaften ihren Weg suchen.

Kommt das noch aus der Zeit, als die Direktvermarktung der dominante Vermarktungsweg war und die Direktvermarkter eine Konkurrenz unterbinden wollten?

Wenn ich als Verband anfangen, die Vermarktung zu regeln, dann bedeutet das immer auch, Vereinbarungen zu treffen und damit eine Festlegung betrieblicher Entscheidungen. Und das wirkt sich mal positiv für den einzelnen aus, und mal kann sich das auch weniger positiv

für ihn auswirken. Wenn in einer Erzeugergemeinschaft ein Poolpreis-System vereinbart wurde, dann ist die Gefahr immer groß, dass jemand ausbüchsst, wenn er außerhalb des Pools höhere Preise erzielt. Aufgabe ist es, die Betriebe in wachsenden Märkten zur Zusammenarbeit zu motivieren und einen Interessensausgleich herzustellen.

Ihr erklärtes Ziel ist, Bioland als Premium-Bio am Markt zu etablieren. Was heißt das?



Der Handel fragt immer größere Mengen nach.

© BLE, Bonn/ Foto: Dominic Mentzler

In der Vergangenheit galt der Unterschied zwischen Konventionell und Bio. Während jedem klar ist, dass es große Qualitäts- und Preisunterschiede innerhalb konventioneller Ware gibt, wurde Bio immer als einheitlich bewertet. Faktisch gibt es auch bei Bio große Unterschiede. Für manche mag es sich rechnen, möglichst nach EU-Mindeststandards kostengünstig die Biokennzeichnung zu erhalten, eventuell sogar nur mit Teilbetriebsumstellung. Für andere zählen höhere Standards und hohe Produktqualität. In Zukunft geht es auch um diese Unterschiede zwischen Bio und Bio. Nur wenn wir deutlich machen und zeigen, dass wir besser sind, werden wir Konsumenten finden, die bereit sind, für nachvollziehbare Herkünfte und hohe Qualitätsstandards mehr zu bezahlen. Wenn wir das nicht schaffen, zählt auch bei Bio nur noch der Preis. Unsere Betriebe können besser gut als billig. Mit unserem Bioland-Zeichen haben wir ein Pfand in der Hand, das wir nutzen können, um Premium-Bio zu kommunizieren. Wenn ich höhere Leistungen anbiete und dem Verbraucher im Sinne von Transparenz den Unterschied zeigen will, dann ist es gut, so ein Zeichen zu haben. Auch der Fachhandel wird in Zukunft seiner Kundschaft erklären müssen, warum er Bio teurer verkauft als der Discounter. Hier bieten sich neue strategische Partnerschaften an.

Das Bild der Verbraucher von der Marke Bioland ist von den Direktvermarktern geprägt worden. Es ist das

Bild vom Gemischtbetrieb, vielfältig, mit eigener Futterbasis für seine Tiere, geschlossenen Kreisläufen. Passt das Bild noch, wenn die Spanne der Betriebe immer größer wird? Jüngstes Beispiel ist die Aufnahme eines Betriebes mit 700 Sauen und 14.000 Ferkeln im Jahr.

Als wir unter uns waren und außer uns Verbänden niemand Bio gemacht hat, war es leicht, solche Diskussionen zu führen. Heute kommen wir immer wieder in Situationen von entweder/oder. Der Markt verlangt Schweinefleisch und sagt: Entweder Ihr macht es oder es macht ein anderer, und dieser andere ist dann schnell ein Betrieb, der sich nur an die EU-Richtlinien hält und Billig-Bio macht.

Bezogen auf den Sauenbetrieb ist es so, dass viele Ferkelerzeuger mit 60 Sauen einfach aufgehört haben.

Aber es gibt einen Markt für Schweinefleisch und wir brauchen Ferkel. Was mach' ich jetzt? Ich Sorge dafür, dass weiterhin die Standards eingehalten werden – die fahren wir nicht runter – und Qualität weiter möglich ist. Dieser zitierte Sauenbetrieb war vorher als EU-Betrieb am Markt. Er hat sich nun verpflichtet, zu den höheren Standards Ferkel zu erzeugen. Damit ist er auf der Kostenseite erst mal näher an dem Kleinen mit den gleichen Standards, d.h. sie können eher wieder miteinander konkurrieren als vorher. Ich behaupte, durch diesen Betrieb wird kein anderer aus dem Markt gedrängt, aber der Bioland-Standard im Markt behauptet.

Weil der Markt wächst.

Und weil er im Prinzip seine Absatzstruktur schon mitbringt, nämlich Edeka, die 15.000 Schweine im Jahr nachfragen. Im Übrigen gelten auch bei dem Sauenbetrieb die Bioland-Richtlinien fürs Futter, 50 Prozent vom eigenen Betrieb oder aus einer regionalen Kooperation. Ich bin sicher, dass er das schaffen wird.

Wäre es für Bioland nicht auch möglich gewesen, kleinere und mittlere Bioland-Sauenbetriebe zu organisieren, die zusammen die gleiche Menge Ferkel erzeugen? Also aktiv gestalten statt zu reagieren und dann zu sagen: entweder oder?

Das braucht aktive Beratung. Die war in der Vergangenheit immer abhängig von der Länderförderung. In Bayern und Nordrhein-Westfalen hatten wir eine gute Förderung, also eine gute

Beratung, und woanders war entsprechend weniger oder gar nichts. Wir sind der einzige Verband, der sich dieser Herausforderung gestellt hat. Wir haben eine bundesweite BeratungsgmbH mit über 60 Leuten, die in der Beratung zur Verfügung stehen und sich ihr Geld durch Leistung bei den Betrieben verdienen müssen. Und in diesem Zusammenhang haben wir sehr wohl Schweinemäster und Ferkelerzeuger beraten und versucht, sie überhaupt erst mal in der Produktion zu halten. Das ist uns trotzdem in vielen Fällen nicht gelungen, weil der Betrieb dann entscheidet: Nein, das mache ich so nicht mehr mit, weil es sich für ihn nicht rechnet oder er eine andere Alternative sieht. Gleichzeitig sind wir dabei und versuchen, Betriebe zu akquirieren, also ein sowohl als auch.

Sie haben Bund und Länder scharf dafür kritisiert, dass sie die Prämien für die Biobetriebe gesenkt, zum Teil sogar gestrichen haben. Sind die Prämien in einer Situation, wo die Nachfrage das Angebot übersteigt, so wichtig?

Ich unterstreiche den Satz von vielen unserer Mitglieder: Wir wollen vom Verkauf unserer Produkte leben. Ich sag' aber auch: Sagt das bitte nicht laut, denn die Politik wird Euch ernst nehmen, aber nur Euch. Was passiert denn, wenn man bei uns Bios streicht, und die anderen bekommen weiterhin genau das gleiche Geld? Was mache ich, wenn ich eine hoch subventionierte konventionelle Landwirtschaft habe, die mit ihrem Subventionsniveau die Lebensmittelpreise bestimmt? Dann hab' ich als Biobetrieb ohne Ausgleich keine Chance.

Solange die Preise nicht so sind, dass sie die Leistungen honorieren, die die Betriebe bringen, muss dieses Geld von den Verbrauchern über andere Wege bezahlt werden. Und diese Wege laufen über Steuergelder. Wünschen würden wir es uns anders, aber wir wären nicht überlebensfähig, wenn der Ausgleich nicht kommt.

Ein anderes Thema: Welchen Anteil hat eigentlich die CMA am Bioboom?

An der CMA habe ich immer kritisiert, dass sie mit der Aussage „Aus deutschen Landen frisch auf den Tisch“ so tut, als sei alles gleich gut. Damit erzieht man die Verbraucher dazu, das billigste Produkt zu wählen. Es ist uns

bisher nicht ausreichend gelungen, mit der CMA gemeinsam differenziert am Markt Produkte zu bewerben. Was ganz gut funktioniert hat, das ist das zentral-regionale Marketing. Da haben wir davon profitiert, dass die CMA z. B. unseren Auftritt auf dem Oktoberfest unterstützt hat; das läuft dann klar unter einer Biolandschiene. Aber bei dem rein zentralen Marketing ist es immer eine generische Werbung. Und wenn ich nur den Begriff „Bio“ bewerbe, dann habe ich den Effekt, dass der Discounter, der den Begriff Bio als unverbrauchtes Profilierungsinstrument verwendet, überproportional profitiert. Bezahlen aber müssen es die Bauern.

Die CMA hat das zentral-regionale Marketing gerade stark gekürzt. Eine Reform in Ihrem Sinne ist nicht in Sicht.

Ich halte es für schwer möglich, in den Ausschüssen der CMA darüber zu beraten, was für Bio gut oder schlecht ist. Warum sollte man nicht darüber nachdenken, eine Öko-CMA zu schaffen, wo diejenigen, die am Markt Bioprodukte verkaufen, in eigenen Strukturen entscheiden können, wie sie das machen wollen.

Das Jahr 2007 ist noch jung: Was ist Ihr Motto für das Jahr?

Jede Zeit fordert immer wieder neu, Pionier zu sein. Das heißt für mich nicht, dass die alten Pioniere ausgedient hätten, sondern dass man immer wieder den Mut haben muss, sich neuen Her-



Marktwachstum und Innovation gehören zusammen: mobiler Hühnerstall
© BLE, Bonn/ Foto: Dominic Mentzler

ausforderungen zu stellen. Das sage ich meinen Mitgliedern und mir selbst. Niemand sollte in Depression verfallen und aufgeben, das ist das allerletzte, was wir uns leisten dürfen, weil wir viel zu viele gute Ziele vertreten und uns nicht ins Bockshorn jagen lassen dürfen. Wir müssen uns pionierhaft mit der neuen Situation auseinandersetzen, und diese auch als Herausforderung angehen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Zucht-Konzentration

Bei den Marktanteilen der Züchter bei Wintergetreide dominieren laut *DLG-Mitteilungen* folgende Firmen (Prozentzahlen für Weizen bzw. Gerste) Saaten-Union: 25% bzw. 15%, Lochow-Petkus: 21 bzw. 26%, Nickerson: 10 bzw. 13%. Unter den „Sonstigen“ führt die SW-Seed mit durchschnittlich 13% Flächenanteil. Bei Weizen spielen außerdem die Baywa-Züchter (24%) eine Rolle, bei Gerste die Mitglieder der IG Pflanzenzucht (24%). Bei Roggen macht Lochow-Petkus 61% der Umsätze und die Saaten-Union 25%. Der Konkurrenzdruck ist auf dem Markt sehr stark, gleichzeitig wird es immer schwieriger, alle wesentlichen Zucht-Faktoren und -verfahren in einer Zuchtfirma zu vereinigen. Dies würde sich bei besseren Marktaussichten für die Gentechnik noch verschärfen. Allerdings gibt es bei Getreide nur wenige Genkonstrukte, und „die Aussichten auf eine Umsatzrendite sind gering“. Auch im Saatgut-Großhandel geht die Konzentration weiter: Die Agravis-Raiffeisen AG Münster/Hannover und die Hauptgenossenschaft Nord AG (HaGe) Kiel bündeln ihre Aktivitäten in der neuen Firma Norddeutsche Saaten Partner GmbH & Co.KG. *pm*

Geschmierter Weizen für Saddam

Schmiergelder in Höhe von etwa 300 Millionen australischen Dollar soll die australische Weizen-Export-Korporation AWB an das irakische Hussein-Regime gezahlt haben, um Weizenexporten den Weg zu bahnen. Diesen Verstoß gegen das UN-Hilfsprogramm „Öl für Lebensmittel“ stellte laut Pressemeldungen ein Untersuchungsausschuss des australischen Parlaments fest und plädiert für die Abschaffung des AWB-Exportmonopols. Leidtragende des Skandals sind die australischen Weizenbauern, weil australischer Weizen im heutigen Irak unpopulär geworden ist und die US-Weizenhändler den bisher von Australien dominierten Markt für sich erobern. In anderem Zusammenhang wird hierzulande diskutiert, inwieweit auch die Tierpharma-Sparte des deutschen Wesjohann-Lohmann-Konzerns die Sanktionen gegen Saddam unterlaufen hat. *pm*

Gentechnik in den USA ohne Vorteile

Die Behauptung, dass die grüne Gentechnik der Landwirtschaft nutzt, wird widerlegt durch eine Diplomarbeit an der Uni Kassel. Katja Richardt hat kürzlich die vorliegenden 35 Wirtschaftlichkeitsstudien über den Anbau transgener Soja-, Raps-, Baumwoll- und Maissorten in den USA ausgewertet und kommt zu dem Ergebnis: Von Ausnahmen abgesehen, haben sich die Gentechnik-Sorten nicht positiv auf Ertrag und Gewinn ausgewirkt: Die geringfügig höheren Erträge von Bt-Maissorten (Insektenresistenz gegen Maiszünsler) gleichen die höheren Saatgutkosten im Mittel der Jahre nicht aus. Die herbizidresistenten Sojasorten bringen geringere Erträge und etwa gleich hohe Gewinne im Vergleich mit normalen Sorten. Bei Baumwolle und Raps zeigen die breit gefächerten Ergebnisse keine eindeutige Tendenz. Sofern überhaupt vorhanden, ist der Nutzen im Bereich des Pflanzenschutzes am Schwinden: Durch Resistenzbildung ist der Gesamtverbrauch an Pestiziden heute höher als vor Einführung der transgenen Sorten. Wenn es in den USA bei den obigen Kulturen trotzdem einen rasanten Anbau-Zuwachs gab, so liegt das entscheidend am Lobby-Einfluss der Biotech-Industrie: Es sind keine zusätzlichen Sicherheitstests und auch keine Kennzeichnung vorgeschrieben, kritische Ergebnisse und Berichte werden kaum veröffentlicht. *pm*

Ketten für Kaninchen

„Kaninchen klappern gern mit Ketten“ – bezeichnender konnte die Überschrift eines Artikels in der Zeitschrift *DGS 1/07* nicht sein, der sich mit dem Forum „Tierschutz in der Kaninchenhaltung“ der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) beschäftigte. Dr. Snell berichtete als Vertreter des Bundesagrarministeriums, dass das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen (1976) sehr allgemein gefasst sei, jetzt sollten – wie vorher für Schweine, Rinder, Ziegen, Schafe und Haushühner – auch für Kaninchen detailliertere Empfehlungen erarbeitet werden. Darin werden lediglich Selbstverständlichkeiten sehr vage festgehalten: Die Böden der Ställe sollen sich nach Alter und Größe der Tiere richten und gut drainiert sein, die Tiere sollen hoppeln und auf den Hinterläufen stehen können, die „Anreicherung“ der Ställe bzw. Käfige mit „stimulierendem Beschäftigungsmaterial“ (wie z.B. Ketten) soll erst nach einer Übergangszeit von 10 Jahren wirksam werden. *en*

Kurzes am Rande

Erfolgreicher Streik bei Smithfield

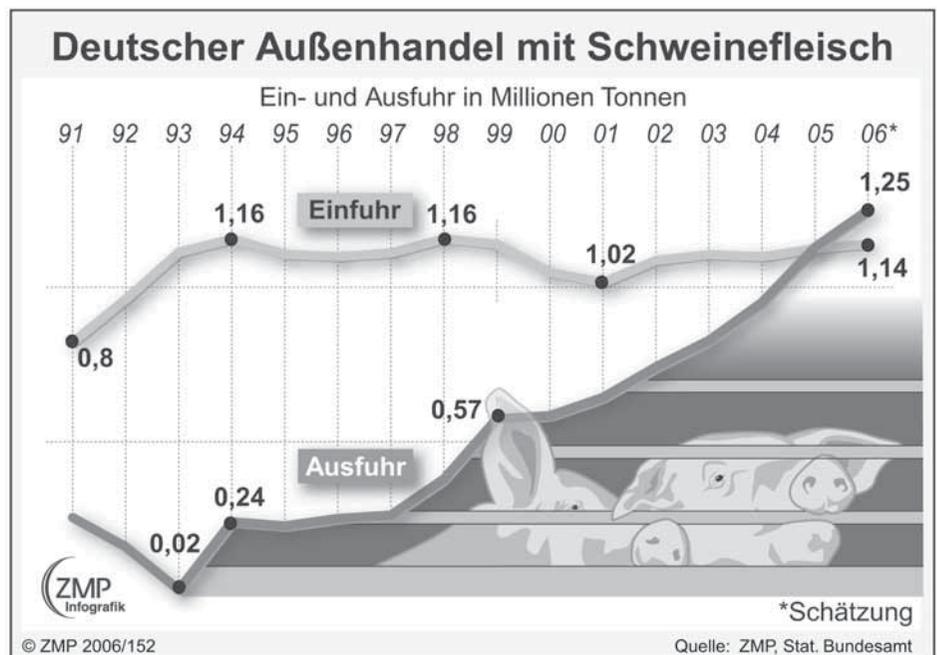
Streik für bessere Arbeitsbedingungen in Schlachtfabriken

In Tar Heel im US-Bundesstaat North Carolina betreibt der größte Schweine- und Schlachtkonzern der Welt ein riesiges Schlachthaus, die 5.500 Beschäftigten schlachten täglich 32.000 Schweine. Wie die internationale Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter IUL berichtet, kommt es durch den hohen Rationalisierungsdruck und die schlechten Arbeitsverhältnisse zu vielen schweren Unfällen.

Auf die Forderung nach würdigen Arbeitsbedingungen, nach einer gewerkschaftlichen Vertretung im Betrieb und nach einem Tarifvertrag reagierte der Konzern mit Einschüchterungen und Entlassungen, wobei sich die Unternehmensleitung unzulässigerweise der Sozialversicherungsdaten der Beschäftigten bediente: Danach drohte man vor allem lateinamerikanischen Einwanderern mit Verhaftungen durch die Einwanderungsbehörden und ging mit Einschüchterungen und Gewalt gegen sie vor.

Durch einen zweitägigen Streik erreichten mehrere hundert Arbeitnehmer, die meisten davon Einwanderer, dass nun Verhandlungen über eine gewerkschaftliche Vertretung aufgenommen und die ungerecht entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Der Streik wurde unterstützt von vielen Kollegen, von der Gewerkschaft UFCW, die bereits 13.500 Smithfield-Arbeiter in Nordamerika vertritt, und durch kirchliche und Bürgerrechtsgruppen im Rahmen der „Smithfield-Gerechtigkeitskampagne“. Bereits zuvor hatten die Arbeitnehmer in den polnischen, französischen und spanischen Smithfield-Betrieben einen internationalen Solidaritätstag veranstaltet. Smithfield expandiert derzeit auch in Polen und Rumänien, auf die wiederholten Forderungen europäischer Gewerkschaften nach Einführung des vorgeschriebenen EU-Betriebsrats hat Smithfield laut IUL bisher nicht reagiert.

en



Schlacht-Rekord

Im Jahr 2006 sind nach Schätzungen der ZMP mindestens 1,25 Mio. t Schweinefleisch und Erzeugnisse daraus innerhalb und außerhalb der EU verkauft worden. Das wären 10 Prozent mehr als im Vorjahr und ein neuer Rekord. Damit wird zum ersten Mal mehr Schweinefleisch aus- als eingeführt. Nach wie vor gehen die größten Mengen in die alten Staaten der EU, doch am dynamischsten entwickelte sich der Handel mit Mittel- und Osteuropa. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die starke Ausweitung der Schweineproduktion hierzulande, was zusammen mit den ebenfalls gestiegenen Einfuhren an lebenden Schlachtschweinen erstmals eine Schlachtzahl von mehr als 50 Millionen Stück ermöglichte. *pm*

Agravis verkauft Futter in Russland

Die Agravis Raiffeisen AG, Münster/Hannover, will gemeinsam mit russischen Partnern in der südrussischen Region Stawropol ein Kraftfutterwerk bauen. Das Werk soll schon im nächsten Jahr bis zu 100.000 t Mischfutter sowie 15.000 t Premixe und Mineralfutter produzieren. Agravis-Vorstandsmitglied Nikolaus von Velheim sagte, der Handel und das Geschäft in Osteuropa gewinnen an Bedeutung. In Staropol biete sich ein Kraftfutterwerk an, da es sich dort um eine ausgesprochene Veredelungsregion für Masthähnchen, Legehennen, Schweine und Milchvieh handele, so von Velheim. *pm*

Wissen, was erlaubt ist

Sorten, deren Nachbau gänzlich verboten ist, bringen auch Aufbereiter in Schwierigkeiten

Fälle, die es eigentlich nicht gibt, gibt es eben manchmal doch. Zwei von ihnen wurden am Ende des vergangenen Jahres vor Gerichten verhandelt. Beide sind ähnlich gelagert, es geht um Aufbereiter, die Nachbausaatgut für Bauern aufbereiten haben, das überhaupt gar nicht nachgebaut und von daher auch nicht aufbereitet werden darf. Damit stößt man an einen Punkt in der Nachbaugesetzgebung, der in den ersten Jahren der Debatte immer mal wieder auftauchte, später dann aber im Detailgewirr der Auseinandersetzungen unterging: Es ist der Umstand, dass durch die Nachbaugesetzgebung grundsätzlich der Nachbau verboten ist, außer er ist für bestimmte Kulturen ausdrücklich und gegen Zahlung eines Entgelts wieder erlaubt. Nur das, was in den Listen der Pflanzzüchter bzw. der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) auftaucht, darf aufbereitet und nachgebaut werden. Die blaue Lupine als Kulturpflanze beispielsweise stand zumindest in den ersten Jahren nicht im Sortenkatalog der STV. Es gab aber mindestens zwei landwirtschaftliche Betriebe, die sie nachbauten. Sie ließen sich

diesen Nachbau nachträglich per Ausnahmegenehmigung durch den Züchter der entsprechenden Sorten legalisieren (und zahlten Nachbaugebühren). Der Aufbereiter, der ihnen das Nachbausaatgut zur Aussaat vorbereitet hatte, wurde jetzt vom Landgericht in Dresden zur Unterlassung verurteilt. Das heißt, er darf keine blaue Lupine mehr aufbereiten, tut er es doch und wird erwischt, muss er 250.000 Euro Strafe zahlen. Dabei scheint es auch unerheblich, ob die blaue Lupine mittlerweile in das Sortenverzeichnis der STV aufgenommen ist oder nicht.

Auch das Oberlandesgericht in Düsseldorf verurteilte einen Aufbereiter in einem ähnlich gelagerten Fall. Dieser hatte HybridSaatgut, dessen Nachbau im Gesetz ausdrücklich verboten ist, aufbereitet, bevor es dann auch widerrechtlicher Weise von Bauern nachgebaut wurde. Auch hier drohen dem Aufbereiter 250.000 Euro Strafe im Falle einer Wiederholung. Dieses Urteil nutzt der Bundesverband deutscher Pflanzzüchter nun, um eine „aktive Informationspflicht“ der Aufbereiter zu beschwören und damit mindestens wieder einmal

für Verunsicherung zu sorgen. Tatsache ist, dass das OLG Düsseldorf geurteilt hat, dass sich der Aufbereiter bei seinem Kunden darüber hätte informieren müssen, ob es sich bei dem zur Debatte stehenden Erntegut um eine Art bzw. Sorte handelt, dessen Nachbau überhaupt erlaubt ist. Aber nach wie vor gilt (daran ändert auch dies Urteil und noch nicht einmal die Presserklärung des BDP etwas): Aufbereiter müssen sich laut EU-Rechtssprechung nicht darüber informieren, welche Sorten sie für ihre Kunden aufbereiten.

Grundsätzlich bleibt die Situation, in der die Sortenliste der STV den alleinigen Maßstab für erlaubten und unerlaubten Nachbau darstellt, mehr als unbefriedigend. Allein schon deshalb, weil sie immer hinter der aktuellen Sortenentwicklung hinterherläuft, es immer Neuzüchtungen geben wird, die Bauern und Bäuerinnen nachbauwürdig erscheinen, die aber als Kultur noch nicht in die STV-Liste Eingang gefunden haben. Wieder einmal bestimmen die Züchter eigentlich zu viel, bleibt Bauern und Aufbereitern nur der Widerstand.

CS

Genraps vorm Verwaltungsgericht

Ein Bauer klagt gegen die Freisetzung von Genraps in seiner Nachbarschaft

Eigentlich entscheidet und verkündet das Verwaltungsgericht sofort nach der Verhandlung. Diesmal war es anders, die drei Richter und zwei Schöffen brauchen noch Zeit zur Beratung, das Urteil werde dann schriftlich zugestellt, teilten sie mit. Auch das zeigt, dass der Fall so einfach nicht ist, mit dem sich das Verwaltungsgericht in Köln Ende Januar auseinander zu setzen hatte. Auf der einen Seite steht ein Bauer, vertreten durch die Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, dessen Flächen in unmittelbarer Nähe eines Freisetzungsvorversuches von gentechnisch verändertem Raps in Groß Lüsewitz in Mecklenburg-Vorpommern liegen. Auf der anderen Seite steht der sogar gemeinnützige Verein Finab e.V., Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agro-Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Zusammenschluss von Pflanzzüchtern und Wissenschaftlern, die eben jene Freisetzung 2006 durchgeführt haben und auch in diesem Jahr wieder durchführen wollen. Zusätzlich kann man noch erwähnen, dass sich im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern mit Vereinen, die das Adjektiv „innovativ“ im Namen führen und ein Existenz- und Gründerzentrum aufs

flache Land zaubern wollen, unglaubliche Summen an Fördergeldern aus Land, Bund und EU locker machen lassen, während jegliche örtliche Wissenschaftskritik vom Argument der vielen neuen Arbeitsplätze erstickt wird.



Nicht nur Imker sehen bei Genraps rot.

Quelle: UFOP

Aber zurück zum Verwaltungsgericht nach Köln. Dort sollten die Richter nun entscheiden, ob die Einwendungen, die der

Bauer im außergerichtlichen Vorfeld gegen die neuerliche Freisetzung von GV-Raps eingereicht und die das entscheidende Bundesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (BVL) für nicht gravierend genug befunden hatte, vom Gericht noch einmal anders zu bewerten seien.

Inhaltlich hat das Gericht unter anderem zu entscheiden, ob es dem einwendenden Bauern nur um eigene wirtschaftliche Interessen geht, wie die Gegenseite behauptet, oder ob es das Argument gelten lässt, die erwartete Auskreuzung und Verschleppung von GV-Raps sei ein sogenannter „Eingriff in Sachgut“, wie es für das Gentechnikgesetz relevant ist. Die Gegenseite möchte gern glauben machen, vereinzelte, verirrte GV-Rapspflanzen auf Nachbarflächen ließen sich doch ausreißen und eine Beeinträchtigung des Bodens über Jahre sei nicht zu erwarten. Da es sich bei dem Versuch um ein „standardisiertes Verfahren zur Auskreuzungsminimierung von Raps“ handelt, müssen sich die beteiligten Wissenschaftler offenbar erst einmal mühsam erarbeiten, dass der auskreuzungsfreudige Raps nicht so leicht zu bändigen ist, wie sie auch die Richter glauben machen möchten.

CS



Saatgutzücht

Züchter nutzen häufig alte Sorten aus Genbanken. Die größte deutsche Genbank liegt in Gatersleben (IPK), wo in diesem Jahr auch Versuche mit gentechnisch verändertem Weizen stattfinden. Mit weitreichenden Folgen, denn wenn Züchter auf Proben aus der Genbank zurückgreifen, müssen sie sicher sein können, dass diese keine gentechnischen Verunreinigungen enthalten. „Nach menschlichem Ermessen“ sei diese ausgeschlossen, so Herr Graner vom IPK. Eine schriftliche Garantie kann das IPK aber trotzdem nicht geben. Der in der Regel alle 20 Jahre erfolgende Erhaltungsanbau macht es durchaus denkbar, dass sich Gensorten einkreuzen. Mit weitreichenden Problemen. Denn die in Gatersleben freigesetzten Genkonstrukte dürfen nicht in Verkehr gebracht werden. Eigentlich muss also die Genbank Gentechnikfreiheit garantieren. In der derzeitigen Grauzone sind aber vor allem ökologische Züchter in der Pflicht, ihren Kontrollstellen nachzuweisen, dass die von ihnen bezogenen Saatgutproben (50 Gramm) keine Verunreinigungen enthalten.



Gen-Mais auf dem Acker? Anbausaison 2007

Auch zur Frühlingsaussaat 2007 versuchen die Gentechnik-Konzerne wieder, die Anbauzahlen der GVO-Mais-Flächen in die Höhe zu treiben. Wird es ihnen gelingen?

Monsanto plant Genmaisbau in Hessen

Auf einem 13 ha großen Feld im hessischen Niedermörlrich will Monsanto in diesem Jahr Genmais aussäen. Das Feld hatte ein Mitarbeiter der Monsanto-Tochter Dekalb geerntet. Dies ist offenbar der einzige Weg für das Unternehmen, an neue Versuchsflächen zu kommen, denn kein Bauer aus der Region hätte Monsanto seine Felder überlassen.

Auch der Kreisbauernverband hatte sich gegen den Genmais-Anbau ausgesprochen. Die Bauern der Region organisieren derweil ihren Widerstand. In Demonstrationen fordern sie den hessischen Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel auf, sich für ihre Interessen einzusetzen. Der allerdings verweist an das BVL als zuständige Entscheidungsbehörde. Vor Ort wächst unterdessen ein Bündnis aus Bauern, Umweltschützern und Kirchenvertretern, die einen Versuchsanbau ablehnen.

mn

Nachtrag:

Monsanto verzichtet auf Versuchsanbau in Hessen. Das Unternehmen begründete seinen Schritt mit dem umfangreichen Protest der Bevölkerung und betroffener Nachbarn. Herzlichen Glückwunsch. Nun gilt es den Anbau auch in Zukunft zu verhindern.

mn

Anbauregister beobachten

Derzeit läuft die Anmeldefrist im Standortregister für Landwirte, die GV-Mais MON 810 anbauen wollen. Drei Monate vor Aussaat müssen sie die Flächen beim BVL anmelden. Bis Ende Januar waren 2.753 Hektar gemeldet (http://194.95.226.237/stareg_web/bundeslandStatistic.do). Der Schwerpunkt des geplanten Anbaus liegt wie 2006 in den östlichen Bundesländern.

Bundesland	angemeldete Fläche	Zahl der Anbauflächen
Brandenburg	1.549 ha	(77)
Sachsen	555 ha	(32)
Mecklenburg-Vorpommern	410 ha	(15)
Sachsen-Anhalt	197 ha	(10)

Stand 20.01.2007

Was tun?

Zunächst einmal sollte das Standortregister regelmäßig beobachtet werden. Unter http://194.95.226.237/stareg_web/bundeslandStatistic.do, kann man sich informieren, wo die Flächen liegen. Bauern oder Imker, die in der Nachbarschaft einer der geplanten Felder wirtschaften, können einen Antrag

beim BVL auf personenbezogene Auskunft stellen und herausfinden, wer der Bewirtschafter der Fläche ist. Einen Vordruck findet man unter www.bvl.bund.de.

Zusätzlich sollte man unbedingt das Gespräch vor Ort suchen, mit Bauern, dem Ortslandwirt, mit Nachbarn, Bürgermeistern oder Kirchenvertretern ... im letzten Jahr sind viele Flächen allein durch direkte Gespräche mit dem Landwirt, der GV-Mais aussäen wollte, zurückgezogen worden

– insgesamt sind in 2006 über 50 % der zunächst angemeldeten Anbaufläche zurückgezogen worden. Am besten

von Bauer zu Bauer ... Informieren Sie sich und Andere über die Hintergründe des insektengiftigen Mais MON 810. Macht der Mais MON 810 betriebswirtschaftlich und anbautechnisch Sinn? Ist er überhaupt absetzbar? An welche Auflagen müssen sich die Gentechnik anbauenden Landwirte halten? Interessanterweise läuft

die Zulassung von MON810 im Jahr 2007 schon wieder aus. Ein Hintergrundpapier zum GV-Mais gibt es unter: www.abl-ev.de/gentechnik.

Wir setzen dagegen

Wir halten dagegen und kämpfen für unser Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft! Anfang Januar 2007 waren es 107 Gentechnikfreie Regionen. Über 27.000 Landwirte mit über 980.000 Hektar haben freiwillig erklärt, dass sie keine Gentechnik einsetzen wollen. Und wo die Gründung Gentechnikfreier Regionen (noch) nicht möglich ist, setzen wir auf die freiwillige Erklärung von Einzelbetrieben. Hierdurch schaffen wir ein immer dichter werdendes Netz an Bauern und Bäuerinnen, die auf eine Qualitätslandwirtschaft ohne Gentechnik setzen – jeder Hektar zählt!

Und vom 5. bis 11. März soll es eine bundesweite Aktionswoche für die gentechnikfreie Landwirtschaft geben. Jeder ist aufgefordert, sich vor Ort zusammenzuschließen und kleine und große vielfältige Aktionen auf die Beine zu stellen. Wir sagen: „Gentechnik – bleibt uns damit vom Acker!“

Annemarie Volling

Mais-Saatgut nur mit Zertifikat!

Aufgepasst beim Saatgutkauf

Die Saatbau Linz machte den Anfang. Inzwischen gibt es mehrere Saatzüchter, die freies, zertifiziertes Saatgut anbieten, hat Bernhard Bauer herausgefunden. Er bewirtschaftet mit seiner Familie einen konventionell geführten Milchviehbetrieb in Maitenbeth, östlich von München. Vor einem Jahr gründete er mit 42 anderen Kollegen die Gentechnikfreie Region Maitenbeth und widmet sich seitdem der Beschaffung von gentechnikfreiem Saatgut. Eigentlich ist es ganz einfach: Derzeit gilt bei gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Saatgut Nulltoleranz, d.h. jegliche Verunreinigung mit GVO – und sei sie noch so geringfügig – ist kennzeichnungspflichtig. Dies ist eine Interpretation der Freisetzungsrichtlinie 2001/18 EG, wonach die EU Schwellenwerte erlassen kann, ab denen gekennzeichnet werden muss. Für Futter- und Lebensmittel ist dies geschehen, für Saatgut jedoch noch nicht. Die Diskussion um EU-weite Kennzeichnungsgrenzwerte für GVO im Saatgut gibt es schon seit Jahren. Vor allem der Bund Deutscher Pflanzzüchter versucht, möglichst hohe Grenzwerte durchzusetzen. Bisher ohne Erfolg. Da sauberes Saatgut die Basis der gentechnikfreien Landwirtschaft ist, muss in einer Grenzwertregelung der Schwellenwert für die Kennzeichnung so niedrig wie

möglich (also an der Nachweisgrenze) sein. Nur so haben Bauern, Bäuerinnen und Verbraucher eine echte Wahlfreiheit.

„Doch die Züchter geben am liebsten allgemeine GVO-Erklärungen ab, in denen es heißt, dass trotz aller Sorgfalt zufällig vorhandene, gentechnisch veränderte Anteile nicht ausgeschlossen werden können“, erklärt Bauer und weiter: „Wir wollten uns



mit der ‚allgemeinen‘ GVO-Erklärung von den Züchtern nicht mehr abspeisen lassen, sondern fordern von den Züchtern ein Zertifikat, dass die Sorten ‚gentechnikfrei‘ bzw. ‚unter 0,01 % GVO‘ sind.“

Bernhard Bauer hat recherchiert und eine Liste mit freiem, zertifiziertem Maissaatgut für 2007 zusammengestellt, die unter http://www.zivilcourage.ro/pdf/Saatgutliste_Mais_2007.pdf herunter geladen werden kann. Inzwischen umfasst die Liste über 30 Maissorten. Im ersten Teil stehen Sorten,

die ohne Gentechnik gezüchtet und vermehrt wurden und für deren Lot-Nummern spezifische Zertifikate mit „gentechnikfrei“ vorliegen. Im zweiten Teil stehen Sorten, die von ihren Vertriebsgesellschaften von unabhängiger Stelle getestet wurden. Der Käufer oder die Käuferin bekommt eine Kopie vom Untersuchungsergebnis.

Der Bayerische Bauernverband hat eine „erweiterte Zusatzerklärung“ für den Saatgutkauf ins Netz gestellt (<http://www.bayerischerbauernverband.de/sro.php?redid=15339>). Darin versichert der Verkäufer, dass sämtliche Chargen des Saat- und Pflanzgutes, welche zur Auslieferung kommen, untersucht und frei von gentechnisch veränderten Bestandteilen sind.

Dass der Landhandel Saatgut inzwischen selbst untersuchen lässt, gefällt Bernhard Bauer nicht. „Dies verursacht Mehrkosten, die wir Bauern bezahlen müssen (ca. 2 € je Einheit Mais). Außerdem geht damit die Verantwortung vom Züchter weg an den Landhandel und die Bauern, was problematisch bei Haftungsfragen ist,“ gibt er zu bedenken.

Ihre Bezugsquellen von Maissorten mit Zertifikat sind für andere Berufskollegen interessant, deshalb bitten wir Sie uns Ihre Anbieter mitzuteilen:

• Annemarie Volling, Koordination Gentechnikfreie Regionen Tel: 04131/407720 / Fax: 04131/407758

Annemarie Volling

Mit der CMA ins Genlabor

Ein Schülervideo zeigt die schöne Welt der Gentechnik

Unter dem Motto „Eine Kartoffel erobert die Welt“ waren die CMA-Filmmacher besonders bemüht, die Gentechnik als eine logische Konsequenz der seit Jahrtausenden stattfindenden Evolution und Züchtungsgeschichte darzustellen.

Angeblich entdeckt Kolumbus die als Gold der Inkas bezeichnete Kartoffel. Interessiert waren die Spanier aber nicht an den Kartoffeln, wie der Film glauben machen will, sondern am wirklichen Gold und Silber. Irgendein Seefahrer hat die Kartoffel dann aber doch mitgenommen. Nicht als Nahrungsmittel, sondern vermutlich als exotische Pflanze. Erst zwei Jahrhunderte später wurde die Bedeutung der Pflanze für die Ernährung entdeckt. Kein Wort davon im Film. In Deutschland wurde die Kartoffel per kaiserlicher Verordnung angebaut. Glaubt man dem Film, so wurden die Bauern durch den Kartoffelanbau zu

gut gestellten Leuten. Die Realität im 18. Jahrhundert sah anders aus.

Die Hungersnot in Irland, ausgelöst durch Überbevölkerung, Missernten bei Hafer und Weizen und dem aus Amerika eingeschleppten Kartoffelpilz, Phytophthora infestans, bringt den Autor des Films zurück zur Gentechnik. Denn die Gentechnik hätte das verhindern können. Anhand netter Zeichentrickfilme wird gezeigt, wie einfach eine neue Erbinformation eingebaut werden kann. Und auf die Frage des „Praktikanten“, ob das denn nicht gefährlich sei, antwortet die junge Forscherin: „Das wird alles kontrolliert. Erst im Labor, dann im Gewächshaus und anschließend unter kontrollierten Bedingungen im Freiland.“

Was die Gentechnik noch alles zu leisten vermag stellt ein befragter Wissenschaftler dar. Pflanzen, die gegen Trockenheit und Kälte resistent sind. Die Schädlinge abweh-

ren und neue Substanzen produzieren. In dieser Auflistung der Gentechnikmärchen darf natürlich auch der „Goldene Reis“ nicht fehlen. Er hilft durch einen erhöhten Vitamin A Gehalt angeblich, Erblindungen von hunderttausenden Menschen vor allem in Indien zu verhindern. Kein Wort verliert der Film darüber, dass dies alles nur Visionen und Träume der Forscher und Unternehmen sind. Bis heute gibt es keine Pflanzen, die auch nur annähernd den Aussagen der Wissenschaftler entsprechen.

Dass der Film schon im Jahr 2000 produziert wurde und immer noch aktuell ist, verdeutlicht, dass die Gentechnikforschung nicht voran kommt und die Versprechungen nur leere Worthülsen sind. Erschreckend, dass derartige Produkte mit Bauerngeldern finanziert werden und dann von der CMA als Unterrichtsmaterial an Schulen verteilt werden. *mm*

Wissen was wächst

Gentechnikanbau darf, wenn überhaupt, nur öffentlich stattfinden – das zeigt die Vergangenheit

Die Geschichten ähneln sich, die benutzten Vokabeln sind oftmals die gleichen: einerseits „Entrüstung“ über die „Geheimniskrämerei“, andererseits „Angst vor Zerstörung“ und „keine gesetzliche Anzeigepflicht“. In der zweiten Hälfte des gerade zu Ende gegangenen Jahres – zuletzt in Niedersachsen noch kurz vor Weihnachten – wurde durch unterschiedlichste Anfragen und Anfrager offenkundig, dass zwischen 1998 und 2005 quer durch die Republik gentechnisch veränderter Mais – in NRW auch Raps – auf Feldern wuchs, ohne dass es Kommunalpolitiker, Feldnachbarn, manchmal nicht einmal die Grundstückseigentümer selbst wussten. Das Bundessortenamt (BSA) führte – zum Teil in Verbindung mit Pflanzenzuchtunternehmen und zum Teil mit öffentlichen Lehr- und Versuchsanstalten – so genannte Wertprüfungen durch. Man testete praktisch Möchtegern-Sorten, die sich im normalen Prozedere der Sortenzulassung des Hannoveraner Amtes befanden, auf die Stabilität ihrer von ihren Züchtern angekündigten Merkmale. So unaufgeregt sieht man das im BSA. Dass zum Teil heute noch nicht einmal mehr die genauen Flurstücke recherchierbar sind angeblich, wird damit gerechtfertigt, dass das für die Archivierung nicht relevant gewesen sei, so die Auskunft aus Hannover. Dass es für die Betroffenen vor Ort durchaus relevant sein könnte, wo genau die Genpflanzen gestanden haben, wird als abwegig abgetan, schließlich sei das doch alles Vergangenheit.

Steigt man in die Details dieser Vergangenheit, so wird offenkundig, dass Geheimhaltung das oberste Gebot war. Das ging so weit, dass beispielsweise die Parzellen mit

dem Genmais häufig zwischen den Parzellen der konventionellen Sorten in der Versuchsfeldanlage lagen. Es durfte ja nicht auffallen, also durfte man auch keine besonderen Vorsichtsmaßnahmen gegen eine mögliche Auskreuzung treffen. Bei Mais sei das Risiko der Auskreuzung ja sowieso gering, so die Argumentation. Und wenn dann – wie im Fall des Anbaus in der Landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsanstalt in Aulendorf in Baden-Württemberg – wissende Mitarbeiter aus ihrer eigenen kritischen Haltung heraus die Maiskolben an den entsprechenden Pflanzen eintüteten, handelten sie sich damit noch einen Rüffel vom BSA ein. Der Aulendorfer Genmais war durch eine Anfrage des Bioland-Verbandes offenkundig geworden. Die Lehr- und Versuchsanstalt macht auch Sortenversuche für den Ökolandbau. Erst nach vielen Nachfragen, Dementis und neuerlichen Nachfragen hatten betroffene Bäuerinnen und Bauern vom Landwirtschaftsministerium in Stuttgart Details erfahren können.

Eigentlich möchte niemand mehr etwas sagen und man habe nie etwas sagen wollen, da man immer Angst vor Feldzerstörungen hatte. „Mit diesem Totschlagargument wird immer versucht, das Schweigen zu rechtfertigen“, sagt ABL- und Biolandbäuerin Bärbel Endraß, die unweit der Lehr- und Versuchsanstalt ihren Hof bewirtschaftet. Sie hält Zahlen der Biologischen Bundesanstalt in Braunschweig dagegen, wonach in den Jahren von 1990 bis 2003 von den 2.711 offiziellen Freisetzungsvorhaben gentechnisch veränderter Pflanzen lediglich 73 zerstört wurden. „Es geht hier um was anderes“, sagt Endraß und meint

das bewusste In-Kauf-Nehmen, dass sich Gentechnik unkontrolliert verbreitet.

Auch Gen-Raps geheim

Mindestens in NRW wurde auch der sich viel schneller auskreuzende Gen-Raps unter diesen Bedingungen angebaut, Vorsichtsmaßnahmen waren nicht vorgesehen. In Niedersachsen verfütterte der unwissende Feldeigentümer den Aufwuchs des „Mais-Sortenversuches“, den ein Saatzuchtunternehmen als Pächter bei ihm durchgeführt hatte, an Rinder. „Und – hat es jemandem geschadet?“ Schaden genommen hat mindestens die Demokratie, in der offen miteinander umgegangen werden sollte. Eine öffentliche Debatte um die Gentechnik wollen angeblich Industrie, Politik und Lobby auch mit ihren Kritikern führen, verschweigen aber gleichzeitig sogar diejenigen, die direkt betroffen sind, was sie tun.

Das Gentechnikgesetz von 2005 hat mit seinem öffentlichen Standortregister auch die BSA-Sortenversuche (und nicht mehr nur die offiziellen Freisetzungsvorhaben), nämlich jeglichen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zur Öffentlichkeit verpflichtet. Lobbyisten und Politiker arbeiten gerade daran, dieses öffentliche Standortregister wieder zuzudecken. Dabei sollten die Erfahrungen aus den Jahren zuvor eine Warnung sein: An eine freiwillige Offenlegung braucht niemand zu glauben. Aber nur, wenn Gentechanbau öffentlich stattfindet, werden auch Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden – sei es nun zum Schutz gegen Auskreuzung, Zerstörung oder Imageverlust der Gentechlobby.

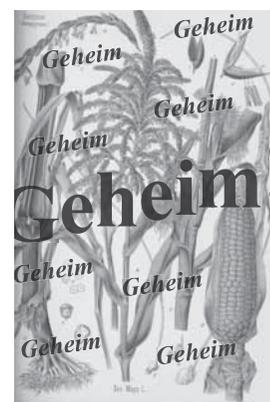
Claudia Schievelbein



Samenfest und frei

Wir sind Bantam: in jedem Korn steckt ein Kolben

Die Aktion Bantam-Mais 2007, bei der samenfester Zuckermais gegen gentechnisch manipulierten Mais auf Deutschlands Äckern und Gärten angebaut werden soll, startet Mitte Februar. 50.000 Bantam-Gärtnerinnen und -Gärtner waren schon 2006 dabei. Die Initiatoren rechnen 2007 mit noch größerem Zuspruch und hoffen, dass sich auch noch mehr landwirtschaftliche Betriebe an dem subversiven Anbau der nicht-hybriden Maissorte beteiligen. Organisationen, Landwirte und Gewerbs-Gärtnereien, aber auch Schulen, Kirchengemeinden und Kommunalpolitiker, die sich an der Aktion beteiligen möchten, sollten sich zur Vorbereitung der Kampagne mit dem Bantam-Büro in Berlin in Verbindung setzen: info@bantam-mais.de, Tel. 030 / 24 04 71 46. Mehr Informationen: www.bantam-mais.de.



Genmais: streng Geheim!

Wer übernimmt meinen Hof?

Generationenwechsel und Existenzgründung

Existenzgründungen in der Landwirtschaft und außerfamiliäre Hofübergaben sind Schlagworte, die bisher wenig Eingang in die Arbeit von Verbänden oder in die allgemeine landwirtschaftliche Diskussion gefunden haben. Dies ist angesichts der aktuellen Hofnachfolgesituation wenig nachvollziehbar: Bei zwei Dritteln aller landwirtschaftlichen Betriebe ist die Hofnachfolge ungesichert oder nicht vorhanden. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen der Universität Kassel, dass es zahlreiche junge Menschen ohne elterlichen Betrieb gibt, die eine Existenzgründung in der Landwirtschaft anstreben. Wichtige Gründe für dieses Interesse sind Entscheidungsfreiheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit und die ländliche Lebensqualität. Viele gelungene Existenzgründungen unterstreichen den Erfolg solcher Bestrebungen.

Inzwischen gibt es aber einige Anzeichen dafür, dass das Thema stärker wahrgenommen wird. Im Folgenden möchten wir den Blick auf verschiedene Veranstaltungen zur Thematik richten und darüber informieren, wie Politik und Verbände sich zu diesem Thema positionieren.

Ein Rückblick: Bereits 2003 hatte die AbL das Thema zum Gegenstand ihrer Arbeit gemacht. Da jedoch viele andere agrarpolitische Debatten anstanden, wurde leider versäumt, das Thema aktiv in die Verbandsdiskussion einzubinden.

Bäuerliche Landwirtschaft heißt Vielfalt von Betrieben

Im Rahmen der gut besuchten BMELV-Tagung „Existenzgründung in der Landwirtschaft“ im September 2005 in Kassel nahm Uli Jasper als Vertreter der AbL jedoch Stellung. Er forderte die Verbände auf, sich aktiv in die Diskussion einzubringen. Der Berufsstand dürfe sich nicht als „closed shop“ erweisen. Bäuerliche Landwirtschaft sei nur mit einer Vielfalt von Betrieben möglich.

Anlässlich einer gemeinsamen Tagung der AbL mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl) im November 2006 wurde das Thema erstmals intensiv mit AbL-Mitgliedern diskutiert. Es wurde deutlich, dass auch unter den AbL-Bauern das Thema künftig von Relevanz sein wird, da eine innerfamiliäre Nachfolge häufig nicht mehr realisiert werden kann, obwohl die Betriebe wirtschaftlich gut dastehen. Deutlich wurde allerdings auch, dass offenbar das Bewusstsein unter den Landwirten

noch nicht ausgeprägt vorhanden ist oder die Tatsache der fehlenden Hofnachfolge verdrängt wird. Über mögliche Ursachen werden wir in einer späteren Ausgabe der Bauernstimme berichten.

Existenzgründung von Neueinsteigern wird Thema

Im Rahmen der Internationalen Grünen Woche wurde das Thema erstmals öffentlich von Landfrauen und Bauernverband aufgegriffen. Der Deutsche Landfrauenverband lud am 23. Januar zum BäuerinnenForum. „Hofnachfolge und Existenzgründungen in der Landwirtschaft als Verbandsaufgabe?“ war eines von vier Themen, die diskutiert wurden. Erika Lenz, Präsidentin des deutschen Landfrauenverbandes unterstrich im einleitenden Statement, dass außerfamiliäre

man das Vorhandensein von einsteigenden Existenzgründern als positives Signal auf. Dies sei auch für die Landwirtschaft wichtig, unterstütze junge landwirtschaftliche Existenzgründer und mache Landwirten ohne gesicherte Hofnachfolge Mut. Götz Schmidt von der Universität Kassel konnte dies nur bestätigen und unterstrich die wichtige Rolle der landwirtschaftlichen Betriebe für den Erhalt ländlicher Strukturen. Viele Menschen in der Landwirtschaft und eine Vielfalt an Betrieben seien aber auch eine Chance, um auch in Zukunft tierartgerechte Haltungformen zu ermöglichen und eine vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten. Zu erheblichen Diskussionen führte die Frage, wie Existenzgründer und abgebende Landwirte zueinander finden können. Christian Vieth von der Universität Kassel argumentierte, die Politik sei

gefordert, eine zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer, Bauern und Berater einzurichten. Die starke Nachfrage von diesen Personengruppen würde dies rechtfertigen. Wolfgang Reimer konnte dem nicht zustimmen. Er geht davon aus, dass das regionale Beratungsangebot ausreicht und nur eine dezentrale Vermittlung Sinn mache. Dem widersprach Bernd Voss, Vorstandsmitglied der AbL. Die Thematik sei von bundesweiter Bedeutung. Nur eine zentrale Koordination könne sicherstellen, dass eine Vorwärtsstrategie entwickelt würde, die eine außerfamiliäre Hofnachfolge und Existenzgründung aktiv unterstütze.

Foto: Archiv



Höfe müssen leben!

Hofübergaben unterstützt werden müssen. Sie verband damit die Hoffnung, dass der Berufsstand nicht noch weiter zusammenschrumpft. Sie wies ebenfalls darauf hin, dass bei der innerfamiliären Hofübergabe die Position der Töchter gestärkt werden müsse, da diese derzeit nur ca. 9 Prozent der Hofnachfolge stellen. Im anschließenden Referat bekannte sich DBV-Präsident Sonnleitner deutlich dazu, dass junge Menschen in ihrem Bestreben nach Selbstständigkeit unterstützt werden sollten. Er wies darauf hin, dass eine breite Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe wünschenswert sei. Er äußerte sich allerdings nicht dazu, in welcher Weise der Bauernverband landwirtschaftliche Existenzgründer konkret unterstützen will. Ebenfalls auf der Grünen Woche fand anlässlich der Sonderschau des BMELV eine Diskussionsrunde mit dem Titel „Neue Bauern braucht das Land“ statt. Wolfgang Reimer vom BMELV formulierte eingangs, dass zur Unterstützung der Existenzgründer ein kultureller Wandel notwendig sei. In anderen Wirtschaftsbereichen nehme

Interesse an außerfamiliärer Hofübergabe groß

Wie dringlich das Thema ist, zeigte ein gut besuchtes Seminar zur außerfamiliären Hofübergabe in der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen im Januar 2007, das gleichermaßen von potenziellen Existenzgründern und Landwirten ohne Hofnachfolge besucht wurde. Die Seminarteilnehmer äußerten sich immer wieder deutlich dazu, dass die außerfamiliäre Hofübergabe dringend in die Arbeit von Beratung und Verbänden aufgenommen werden müsse. Außerdem forderten auch sie die Einrichtung einer zentralen Hofbörse. Aber auch die Politik sei aufgefordert, öffentlich für den Erhalt einer breiten Vielfalt landwirtschaftlicher Betriebe einzutreten, formulierte Claudia Leibrock, Agrarreferentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend im ländlichen Raum.

bf

Altersstruktur

Knapp 30 Prozent der in der Landwirtschaft Tätigen sind zwischen 35 und 45 Jahren. 25 Prozent sind unter 35 Jahren. Dabei stellt die Gruppe der 25-35-jährigen mit 14 % den größten Anteil. Ca. die Hälfte der in der Landwirtschaft Tätigen sind über 45 Jahre. Der Anteil der über 55-jährigen, für die das Ende der Berufstätigkeit in absehbarer Nähe liegt beträgt ca. 21 Prozent. Immerhin 6 Prozent der Beschäftigten sind schon jetzt über 65 Jahre.

Kälber tränken statt Strandurlaub

Landleben-live: Jahrestagung in Hohebuch

Jugendliche und junge Erwachsene packen in den Ferien auf Bauernhöfen mit an, wollen wissen, wie Landwirtschaft heute funktioniert. Auch 2006 haben sich wieder zahlreiche Jugendliche beim Evangelischen Bauernwerk für einen Landleben-live-Aufenthalt auf einem Hof angemeldet. So konnten an die 80 Jugendliche für zwei Wochen oder länger von Hohebuch aus erfolgreich auf Höfe in Württemberg vermittelt werden. Im Rahmen einer Informationstagung in Hohebuch zogen Jugendliche, Bauernfamilien und Veronika Grossenbacher vom Evangelischen Bauernwerk gemeinsam Resümee.

„Ein erfolgreiches Jahr neigt sich dem Ende“, so Veronika Grossenbacher, Projektleiterin von Landleben-live beim Bauernwerk Hohebuch. Die meisten Jugendlichen meldeten sich ohne konkretes oder festes Bild von Landwirtschaft an. Sie hätten „einfach Lust, mal in einen Bauernhof

Landleben-live konkret

Landleben-live bedeutet: Jugendliche verbringen ihre Ferien aktiv auf einem Bauernhof, wo sie als Familienmitglied auf Zeit zwei bis sechs Wochen mithelfen und mitleben. Über ihre Mithilfe lernen sie das Leben auf dem Land kennen, mit allem was dazugehört: Das Leben in der Landwirtschaft, das Familienleben wie auch das Leben außerhalb des Hofes.

Franziska Rauch, 17 Jahre, beschrieb in Hohebuch ihre Landleben-live-Erfahrungen wie folgt: „Mein Zimmer war sehr gemütlich und groß, mit eigenem Bad. Mein Tagesablauf war sehr vielseitig. Ich stand um 8.00 Uhr auf, frühstückte kurz und ging dann in den Stall zum Melken und Kälber tränken. Danach lernte ich je nach Tag und Notwendigkeit die verschiedensten Arbeitsbereiche kennen: Obsternte, Futter holen, Futteraufbereitung, Stallarbeiten, Silieren, Reparaturen, Brennholz vorbereiten, Pflege des Blumenackers, Traktor fahren, Gartenarbeiten und vieles mehr.“

Für die Organisatoren heißt Landleben-live auch, sich in einem neuen Umfeld selbst auszuprobieren, in einer anderen Familie, in einer neu zu entdeckenden Region. Und auf der anderen Seite bringen Bauernfamilien den Jugendlichen das Landleben näher. Die Jugendlichen helfen entsprechend der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten, wo immer sie gebraucht werden.

pm

Landesweit interessierte Bauernfamilien und Jugendliche wenden sich an: Veronika Grossenbacher, Landleben-live des Evang. Bauernwerks in Württ., 74638 Waldenburg-Hohebuch, Tel. 07942 / 107-12, Fax 107-77, V.Grossenbacher@hohebuch.de, www.landleben-live.de



Franziska Rauch aus Aalen bei ihrem Landleben-live-Einsatz. Foto: Bauernwerk Hohebuch

reinzuschnuppern und sich dabei aktiv zu betätigen“ erklärte Grossenbacher. Nach den positiven Erfahrungen des vergangenen Jahres erwarten die Hohebucher für 2007 erneut steigende Teilnehmerzahlen. Es gebe ein nicht zu unterschätzendes Potential von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in ihren Ferien gerne ein paar Wochen aktiv auf einem Bauernhof verbringen und dort anpacken wollen. Diese mit Landleben-live landesweit zu erreichen, sei das Ziel des Bauernwerks.

Urlaub

Unser erster Urlaub führte uns nach Holland. Das ist nun schon einige Jahre her. Heinrich und ich wollten ans Meer. Also fuhrten wir in unserem ersten gemeinsamen Sommer nach der Heuernte für ein langes Wochenende nach Scheveningen. Wir suchten uns ein Zimmer in einer billigen Pension. Die Betten waren so grauslich, dass wir die durchgelegenen Matratzen auf den Fußboden legten. Alles kein Problem. Wir waren so verliebt, dass uns die äußeren Umstände völlig egal waren.

Am zweiten Tag schlug Heinrich vor, doch mal eine Kutterfahrt zu machen. Gute Idee. Also schipperten wir mit einem Krabbenkutter ein Stück die Küste entlang und dann wieder zurück. Nicht besonders spannend, aber so quer zur Dünung auch nicht besonders magenfreundlich. Für Heinrich muss es der Horror gewesen sein. Damals wusste ich noch nicht, dass ihn das Meer immer wieder ruft, aber dass der westfälische Bauer doch den festen Boden besser nicht verlassen sollte. Er kämpfte tapfer, aber das Meer war stärker. Als wir an Land gingen, war Heinrich ein Schatten seiner selbst. Ich schleppte ihn in unsere bescheidene Bleibe, wo er auf dem improvisierten Fußbodenlager dankbar in Tiefschlaf fiel. Nach zwei Stunden schlug er die Augen auf und sagte fröhlich: „Das Leben hat mich wieder! Was machen wir jetzt?“

Seitdem weiß ich, welche Situationen ich mit Heinrich meiden sollte: eine Schiffsrundfahrt im Lübecker Hafen, die perforierte Außentreppe des Gasometers in Oberhausen, die Wendeltreppen

in Schloss Rackwitz auf Rügen, das Panorama vom Turm des Kölner Doms oder vom Campanile auf dem Markusplatz in Venedig.

Zwischendurch mussten wir noch ganz andere Situationen meiden. Kaum war unser Kind geboren, war es schon ein Sicherheitsfanatiker. In der Kleinkindphase konnten wir es noch überlisten, aber danach musste immer alles ganz genau geplant werden.



... aus Westfalen

Früher hatte ich gerne Abenteuerurlaub gemacht, jetzt musste das Quartier schon bei der kleinsten Reise im Voraus gebucht werden. Zu groß war die Angst, wir fänden keine Herberge. Einmal, da war das Kind schon nicht mehr ganz so klein, wollten wir im Herbst von der Mosel aus durch die Eifel wandern. Wieder die Sorge, dass wir kein Zimmer finden, wenn wir nicht reservieren. Meine Provokation, wir könnten doch schließlich immer noch beim nächsten Bauern anklopfen und fragen, ob wir in der Scheune übernachten könnten, ging in einem Schreianfall unter. Mit unseren Jugendherbergsausweisen konnten wir die Situation gerade noch retten.

Im nächsten Jahr gingen wir zu Pfingsten auf Radtour. Wir folgten der Römerroute entlang der Lippe bis Xanten. Um weitere Schreianfälle zu vermeiden, hatten wir die erste Übernachtung in der Jugendherberge am Halterner Stausee vorbestellt. Das war eine gute Idee, denn die Jugendherberge war samt umliegendem Zeltplatz über die Feiertage ausgebucht. Am nächsten Morgen beschwerte sich Heinrich, warum wir unter einem Elefantenlager übernachten mussten, und das Kind beschwerte sich über zwei schnarchende Eltern. Nur ich hatte wunderbar geschlafen.

Eine Bäuerin (50 Jahre) erzählt...

Auf dem Weg zur 100 % Region

Die Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt der Europäischen Union dienen als Grundlage für diesen Leitfaden. Das Buch zeigt, wie Regionalentwicklung und regenerative Energiegewinnung miteinander verknüpft werden können. Der Rote Faden des Buches ist der Prozess von den ersten Planungen bis hin zur 100 % Region. Das Buch gibt dabei Hilfestellung, welche Fragen und Aufgaben wann zur Bearbeitung anstehen. Die Autoren machen deutlich, dass es nicht nur um Energie geht, sondern eine gute Strategie entwickelt werden muss, damit die gesetzten Ziele erreicht werden können. Allem voran muss das bestehende Energiesystem mit seinen Akteuren erfasst werden. Der Prozess der Umstellung wird als dynamischer Wandel beschrieben. Dabei machen die Autoren auch auf mögliche Schwierigkeiten und

Blockaden durch bestehende Strukturen und Akteure aufmerksam und zeigen, wie man diese mit geeigneten Strategien überwinden kann.

Das Buch richtet sich gezielt an jene, die an der Schnittstelle Regionalentwicklung/erneuerbare Energie sitzen. Es gibt zahlreiche Tipps, um regionale Prozesse anzuschubsen. Es kann dabei sowohl als Anleitung als auch als Nachschlagewerk Hilfestellung geben.

Die Autoren Dr. Martin Tischer, Dr. Michael Stöhr, Markus Lurz und Ludwig Karg sind bei der B.A.U.M. Consult GmbH, München, tätig und verfügen über jahrelange Erfahrung sowohl im Bereich der nachhaltigen Regionalentwicklung als auch auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien.

AUF DEM WEG ZUR 100 % REGION. Handbuch für eine nachhaltige Energieversorgung von Regionen. 2006. Selbstverlag B.A.U.M., München. 220 Seiten, Format 21,0 x 23,5 cm, broschiert ISBN: 3-00-018741-3 24,80 EURO



„Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“

Dass das sogenannte „alternative Leben“ nicht freudlos sein muss, sondern mit lebendiger Fülle zu tun hat, zeigt eine ungewöhnliche Porträt-broschüre.

Die Mosbacher Autorin Christine Denz hat zehn Interviews mit elf Menschen geführt, mit Frauen und Männern verschiedener Generationen aus ganz Deutschland. Allen Interviewpartnern ist gemeinsam, dass sie eines Tages einfach angefangen haben, etwas anders zu machen.

Ernährung aus der Bio-kiste, ökologisches Bauen und Wohnen, Leben in Gemeinschaft, mit vielen Kindern, Fortbewegung ohne Auto, Teilen wichtiger Gebrauchsgegenstände: all das kann klappen, wenn man es richtig anpackt. Und das Erstaunliche: es entsteht daraus nicht Verlust, sondern Reichtum. An Beziehungen, an Sensibilität, an innerer Weite.

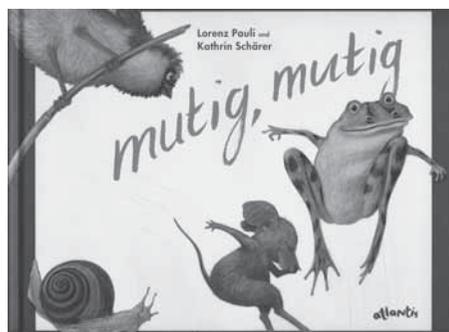
Wir sehen Menschen, die so sind wie Du und Ich – und doch ganz schön anders, mit einer Ausstrahlung, die im besten Sinn „ansteckend“ wirkt.

Eine ungewöhnliche Lektüre mit nachhaltiger Wirkung.

Christine Denz: „Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“, 2006.

ISBN-13: 978-3-00-019879-3. 72 Seiten, A-4-Format, reich bebildert, 5,90 Euro.

Mutig, mutig



Was ist mutig? Vier Freunde wollen es herausfinden und machen einen Wettkampf. Da taucht die Maus quer durch den See und findet sich sehr mutig. „So ein Quak!“, kontert der Frosch. Das sei doch ein Vergnügen! Er selbst über-

windet sich, eine Seerose mit Stumpf und Stiel zu fressen. Das kann wiederum die Schnecke nicht mutig finden, schließlich frisst sie täglich Grünzeug. Mutig verlässt sie ihr Schneckenhaus und kriecht einmal drum herum. Das enttäuscht den Spatz, schließlich hat er seine Eierschale schon am ersten Lebenstag verlassen. So zeigt sich, dass Mut für jeden etwas ganz anderes bedeuten kann. Doch was wird der Spatz tun? Ist er doch von Natur aus schon frech und mutig. Und hier kommt die Pointe: Er macht ... nicht mit! Und wenn Sie noch nie eine Schnecke, Maus oder einen Frosch erstaunt gesehen haben, dann schlagen Sie schnell in diesem neuen Bilderbuch nach. Kathrin Schärer

ist es meisterhaft gelungen, kleinen Tieren große Gefühle ins Gesicht zu malen. Am Ende der Geschichte begreifen die kleinen Freunde: Es ist auch mutig, nicht mitzumachen. Eine sehr anspruchsvolle Botschaft, über die mit den Kindern nach der Lektüre gesprochen werden sollte. Verpackt ist das Ganze in eine liebevolle, doppelseitige Illustration, bei der die einzelnen Tiere mit ihren Gefühlszuständen im Mittelpunkt stehen. Haben Sie schon mal eine nachdenkliche Maus gesehen? Hier gibt es auch für Erwachsene viel zu entdecken. *ue*

Lorenz Pauli, Kathrin Schärer: *mutig, mutig*. Ein Bilderbuch für Kinder ab 4 Jahren, 26 Seiten, Atlantis Verlag, 2006, 13,90 Euro, ISBN 3715205180, zu beziehen über den AbL-Verlag

Der Drachen ohne Schnur

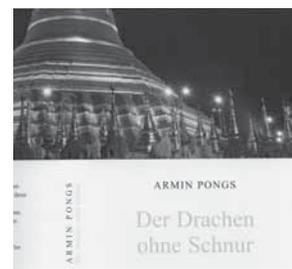
Vom Risiko und der Lust an der Freiheit

Voller Farben und Lebendigkeit ist dieses zweite Buch mit Reiserzählungen von Armin Pongs. Sehr persönlich sind die Texte und bleiben nicht nur bei wunderbaren Begegnungen in fernen Ländern.

Als Tramper unterwegs von München nach Berlin, erfährt der Leser welche Bedeutung Arbeit für die Menschen in Deutschland hat. „Es ist an der Zeit, dass sich etwas in dieser Republik tut“, sagt Armin Pongs. Er gibt dafür keine Lösungsvorschläge vor, sondern ermuntert mit seinen Geschichten eher zum beobachten, verstehen und Schnur loslassen, um los zu fliegen in die Verantwortung für das eigene Leben. Doch auch das Risiko, dass Mensch damit, wie ein Papierdrachen ohne Schnur, eingeht, wird thematisiert. Was bewirkt die Globalisierung? „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“ ist die Frage, die ihn bewegt. Armin Pongs zieht aus seinen intensiven Begegnungen mit den Menschen, die er

mal zufällig mal absichtlich trifft, viel Energie für sein Leben, die man auch in diesem Buch spürt. Er lässt den Leser an entscheidenden Momenten seines Lebens teilhaben, die mal abenteuerlich, mal voller Energie, mal fröhlich und mal sehr traurig sind.

In der Geschichte „Lebensexier aus London“ erlebt der Leser Momente mit, in denen der 28-jährige Armin Pongs seine Krebserkrankung besiegt, und die der Grundstein für die Verwirklichung eines Traumes sind. Seine Frau verliert den Kampf gegen diese Krankheit wenige Jahre später. Ein bläulich schimmernder „Schmetterling aus Matamaros“ bringt dem Autor am Tag der Todesfeier für Momente das Gefühl von innerer Ruhe und Liebe in all der Verzweiflung und Sinnlo-



sigkeit des Todes seiner geliebten Frau. Eine wunderbare Begegnung mit 23 in Istanbul, Grenzerfahrungen bei einer Berg-

wanderung auf den 4000m hohen Cotopaxi in Ecuador und eine Reise in Myanmar, bei der Pongs weisen Frauen und Männern begegnet.

Die Stärke dieses Buches ist die Kombination aus feiner Beobachtung der äußeren Umstände und sehr offener Schilderung der persönlichen Empfindungen. In klarer

Sprache und eindrücklichen Photos wird der Leser mitgenommen auf die Reise ins Innere und um die Welt. Träume, Begegnungen, bittere Wirklichkeit, Kraft und Mut, sein Leben in die Hand nehmen, Dinge bewegen, das ist der Stoff aus dem Drachen ohne Schnüre sind.

Armin Pongs: *Der Drachen ohne Schnur*. Das Buch ist unter www.dilemma-verlag.de oder über den Buchhandel erhältlich ISBN 3-9805822-3-X, 19,90 €

Saaten & Taten 2007 – Biologisches Saatgut von Dreschflegel

Biologisches Saatgut, alte Sorten und Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt sind heute Modethemen geworden. Uns ist wichtig, dass es nicht bei einer kurzen Modeerscheinung bleibt ... Pflanzenvielfalt entwickeln bedeutet für uns, sich vielen von der Züchtung vernachlässigten Sorten und Arten zuzuwenden, sie zu erhalten und zu verbessern.“ So bietet der neu erschienene Katalog „Saaten & Taten 2007“ nunmehr im achten Jahr eine Vielfalt von Gemüse und Kräutern, alten Kulturpflanzen und Blumen aus langjähriger Sortenentwicklung für Hausgarten und Selbstversorgung. Es stammt von zehn kontrolliert ökologisch wirtschaftenden Betrieben aus verschiedenen Regionen Deutschlands, die es gemeinsam über Dreschflegel vermarkten. Für jede Sorte ist angegeben, von welchem Betrieb sie stammt.

Im Gegensatz zu den bunten Hochglanzbildern herkömmlicher Gartenkataloge bietet „Saaten & Taten“ viel Text und Information. Im Angebot ist eine große Vielfalt bekannter Sorten und regionaler Besonderheiten wie z.B. blauhülsige Kapuzinererbsen aus Ostfriesland sowie Raritäten

wie Erbsenwicke, Speiseplatterbse oder Spargelerbse. Und wer experimentieren möchte, kann sich z. B. mit Kartoffelsaatgut seine eigenen Pflanzkartoffeln ziehen. Interessierte können über 200 Sorten im Schaugarten in Schönhagen (Nordthüringen) bestaunen. Das Seminarprogramm dort reicht von einer botanischen Bibelreise bis zu einer Rally für Kinder im Grundschulalter. Weitere Angebote sind Tage der offenen Tür auf Dreschflegel-Betrieben oder Praxisseminare zur Saatgutvermehrung.

Berichtet wird in „Saaten & Taten“ natürlich auch über die politische Arbeit. So hat die von Dreschflegel e.V. mitbegründete „Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit“ die Aktion Bantam-

Mais ins Leben gerufen, an der sich 2006 bereits 12.000 Menschen beteiligt haben.

we



zu beziehen bei: Dreschflegel GbRmbH, Postfach 1213, 37202 Witzenhäusen, Tel: 05542-502744, Fax: -502758, mehr Infos und auch online-Bestellung unter: www.dreschflegel-saatgut.de

Kurzes am Rande

Emmas Glück

In den Kinos ist der Film inzwischen wohl abgesetzt. Ich habe ihn selbst nicht gesehen. Aber das Buch hab ich gelesen. Die Geschichte von zwei Menschen, die verschiedener nicht sein können. Max, der noch immer in der Firma seines Schulfreundes arbeitet, und Emma, glücklose Bäuerin auf ihrem kleinen Hof, der längst jede Existenzberechtigung verloren zu haben scheint. Als Max bei einem Arztbesuch von seinem Krebsgeschwür erfährt, reagiert er voller Panik. Bestiehlt seinen Freund und versucht den Ausbruch aus seiner kleinen Welt, Ziel Mexico. Weit kommt er allerdings nicht. In Folge eines Unfalls landet er auf Emmas Hof. Heruntergekommen. Die Küche lebt von dem Essen und dem ungespülten Geschirr vergangener Monate. Aber Emma hat ein Händchen für Tiere. Ihren Schweinen geht es prächtig. Auslauf, gutes Futter und viel Liebe. Bis in den Tod. Denn geschlachtet werden sie von Emma höchst persönlich. Es dauert seine Zeit, bis der introvertierte Max und die schrullige Emma sich aneinander gewöhnt haben. Überraschend taucht dann auch noch der von Max bestohlene Schulfreund auf. Der Termin für die Versteigerung des Hofes rückt immer näher. Max Krankheit immer unaufhaltsamer. Doch wie im Märchen löst sich alles auf wundersame und auch skurrile Art, auch wenn nicht alle mit dem Leben davonkommen.



Emmas Glück; Roman geb. 189 S. ISBN: 978-3-379-00805-1; 12,00 € zu beziehen über den ABL-Verlag

Hausschlachtung

Dieser Bildband bringt nicht nur alte Hausschlachter in die Welt der kalten Vormittage und kochenden Brühkessel zurück. Mit über 80 schwarz-weiß Bildern über Mensch und Tier und gut geschriebenen Texten kann jeder die Arbeit aber auch die Festlichkeit einer Hausschlachtung nachvollziehen. Aus dem Blickwinkel des Fleischbeschauers zeigt der Autor Henrik Hofmann (Tierarzt) aber auch Bilder, die nicht jedermanns Sache sind, zum Schlachten aber dazugehören. Vom Blutrühren bis zum Schleimen der Därme ist alles vertreten. Auch die verschiedenen Untersuchungen und Kontrollen der Rinder, Schweine, Schafe und anderer Tiere werden genau dokumentiert. Die Freude am Erreichen nach dem Schlachten und Wurstmachen früher und heute ist sehr gut beschrieben und in den Bildern wiederzuerkennen.



Hausschlachtung – Bilder einer fast vergangenen Zeit von Henrik Hofmann, erschienen im Landwirtschaftsverlag, 2003, 19,95 €, ISBN: 3-7843-3231-5

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch **Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe 2007 2006 2005 2004 2003 2002 2001
 19,80 € 19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 €

.... Expl. **Bewegte Zeiten**, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €
 Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € _____ €
 Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € _____ €
 Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme März 2007 ist am 17. Februar 2007.

Hof und Arbeit

● Hof zum Leben und Arbeiten gesucht!!!

Bauernhof in Süddeutschland zum pachten oder kaufen gesucht. Kooperation denkbar. Schwerpunkte: Ackerbau, Milchvieh. Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Bioenergie, Direktvermarktung, Schule auf dem Bauernhof. Jochen Fritz, Hauptstraße 38, 71126 Gäufelden, ☎ 0171-8229719

● Vielseitiger 36 ha Demeter-Hof in Schleswig-Holstein sucht interessierten u. engagierten Mitarbeiter für Außenwirtschaft/Gartenbau u. Vermarktung. ☎ u. Fax: 04835-7283

● Suchen PraktikantIn für unseren Biolandbetrieb in Koblenz mit Milchvieh, Schweinen, Hühnern, Ackerbau, Grünland, Gemüse und Hofladen. Fam. Weinig, ☎ 02603-3840

● Ausbildungsplatz auf Bio-Milchviehbetrieb (100 MK) zum 01.08.2007 frei. ☎ 06675-312

● Landleben Suche Mitbewohner auf landw. 70 ha Betrieb, Raum Lüneburg. Wohnfläche über 100 qm Garten, Tierhaltung und Mithilfe möglich. ☎ 0174-1331029

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Wohnen

● Suche Wohnung zum Frühj. 07 bei einem Landwirt im Erdgeschoss, mit Bus-Halte in der Nähe, mit der Möglichk. später. Verpflegung gegen angemess. Vergütung. – Rentner, 74, ev. alleinsthd. Nicht. gel. Gärtner u. 29 J. Praxis Berglandwirtschaft. Deutschl. u. Schweiz. – Mietvorauszahl. für Renovierg. mögl. Angebote unter CHIFFRE BS 2/07-1

AbL Bayern

Mitgliederversammlung 2007

Sonntag, den 11. Februar 2007

um 10.00 Uhr im Brauerei-Gasthof Kraus, Luitpoldstr. 11, 96114 Hirschaid, Tel: 09543-84440

Ist die europäische Agrarreform auf dem Holzweg? - Neue Herausforderungen für die europäische Agrarpolitik

Hauptreferat von Hermann Kroll-Schlüter, Bundesvorsitzender des Kath. Landvolks und Ex Staatssekretär

anschließend Mitgliederversammlung

mit Berichten und Aussprache sowie Vorstellung der Regionalgruppen

AbL Landesverband Rheinland-Pfalz Saarland

Mitgliederversammlung 2007

Dienstag, den 13. März 2007

um 20.00 Uhr im Hotel Plein in Bitburg
Karenweg 2, 54634 Bitburg, Tel: 06561-3175

Tagesordnung: Berichte, Neuwahl Vorstand, Beschlüsse

Blick über die Grenze: Aktuelles rund um die Milch mit Positionen von Roby Mehlen, Vorstand MUH und aktives Mitglied FLB; Herrn Kurth vom regionalen BDM und Herrn Marx vom Faire Bauer aus Luxemburg

Beschlussanträge bitte bis 20.02.07 an Ewald Frisch, Tel.: 06522-549, Fax: -933636, ewfrisch@aol.com oder an Dieter Berg, Tel.: 06762-951170, Fax: -951191, dberg-hsr@t-online.de

AbL Sachsen, Thüringen Winterversammlung

10. Februar 2007, Lauterbach
Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen. AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen berichtet aus der Arbeit der AbL-Bundesgeschäftsstelle. Erfahrungsbericht aus Sicht des Biolandwirts Jörg Klemm und Diskussion zum Thema: Nach der Agrarreform 2003 – was hat sich für die bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen getan? Was kann die AbL zukünftig leisten? Abgerundet wird das Programm durch einen Hofrundgang über den Ziegenhof Lauterbach mit Einblick in Hofkäserei und Hofladen. von 11.15 bis 16.00 Uhr auf dem Ziegenhof Lauterbach, Dorfstr. 110, 01833 Stolpen OT Lauterbach. Kontakt: Jörg Klemm, ☎ 037323 – 50129, Fax: -15864, Christoph Moormann, ☎ 0351-84 80 254

AbL Bayern Agrartagung

05. März 2007, Regen/ Bayer. Wald
„Aktive Landwirtschaft – Zukunft für den ländlichen Raum“ ist das Thema.

Vormittags Schwerpunkt „Bäuerliche Milcherzeugung – Betriebswirtschaftliche Problemstellungen in der Milcherzeugung, das Milchgeld und seine Bedeutung für die Region Bayerischer Wald“ mit den Referenten: Wolfgang König (AbL), Prof. Alois Heissenhuber, Andreas Kraus Goldsteig. Nachmittags Schwerpunkt „Neue Herausforderungen für den ländlichen Raum“ mit den Referenten: Joachim Herrmann, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion; Theo Zellner, Landkreistagspräsident, und Edith Lirsch (AbL).

ab 10 Uhr im Kolpinghaus am Stadtplatz in Regen/Bayer. Wald

AbL Baden-Württemberg Mitgliederversammlung

11. März 2007, Evang. Akademie Bad Boll, 10.30-16.00 Uhr
„Bauern der Zukunft: Unternehmen sie noch oder verwalten sie nur?“ lautet der Titel des inhaltlichen Teils der Versammlung. Die letzte Agrarreform brachte eine grundlegende Änderung des behördlichen Bauernverständnisses: Nur wer nach den Vorgaben des jeweiligen öffentlichen Interesses handelt oder sich wohlverhält, bekommt Gelder vom Staat – bei vollem eigenem Risiko und Strafandrohung. Das ist Enteignung durch die Hintertür. Wie gehen wir als Bauern damit um? Was können wir dagegen tun? Wie sieht das in anderen EU-Staaten aus? Analyse und erste Anregungen von Prof. Onno Popinga, Universität Kassel. Informationen: Anneliese Schmech, AbL-Landesvorsitzende, Hagenweileroth, 88662 Überlingen-Lippertsreute, ☎ 07553 / 75 29, Fax: -82 82 78

Die Billiglüge

08. Februar 2007, Bremen
Im Rahmen der Veranstaltungs-

Veranstaltungen

reihe „Der Mensch ist, was er isst“ liest Franz Kotteder, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, aus seinem Buch „Die Billiglüge“ über die Zusammenhänge zwischen Konsumverhalten, Arbeitsbedingungen in Discountern und in der Landwirtschaft hier und in den Entwicklungsländern. 20 Uhr im Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5, 28195 Bremen. Veranstalter: Verein Sozialökologie/Bremer EVG, ☎ 0421-3499077

Bauern unter Strom

10. Februar 2007, KLVHS Petersberg
Wollen die Einen den Boom bei erneuerbaren Energien nicht verschlafen, fürchten die Anderen verschärfte Konkurrenz mit Biogasbauern um Pachtflächen. Diesem Spannungsfeld widmet sich der landwirtschaftliche Studententag von Kath. Landvolkbewegung (KLB), Kath. Landjugendbewegung (KLJB), KLVHS Petersberg und Bayerischem Bauernverband (BBV). Teilnehmer unter 27 Jahren können gratis dabei sein. Anmeldung: KLVHS Petersberg, ☎ 08138-9313-0, klvhs@der-petersberg.de.

Ohne Hofnachfolge

10. u. 11. Februar 2007, Waldenburg-Hohebuch
Zusammen mit Fachreferenten werden an diesem Wochenende betriebliche, steuerliche, rechtliche und menschliche Fragestellungen besprochen. Ländliche Heimvolkshochschule Hohebuch, ☎ 07942 107-0, Fax: -20.

Richtig vorsorgen

13. Februar 2007, Waldenburg-Hohebuch
Notar Hartmut Braun aus Marbach referiert zum Güterrecht, Betreuungsrecht und Erbrecht. Anmeldung: Evang. Bauernwerk, ☎ 07942 107-74, Fax: -77

Zukunft ländlicher Räume

22. Februar 2007, Münster
Das Bundesministerium für Landwirtschaft veranstaltet in seiner Reihe zur „Zukunft ländlicher Räume“ eine Konferenz zur „Wirtschaft in ländlichen Räumen“, bei der sich Erfolgsbeispiele aus prosperierenden ländlichen Regionen präsentieren und diskutiert wird, ob und wie sich entsprechende Erfolgsmodelle auf andere Regionen übertragen lassen. Mit Fachvorträgen und parallelen Fachforen zu Gewerbliche Wirtschaft in ländlichen Räumen, Landwirtschaft sowie Forst- und Holzwirtschaft und nachwachsende Rohstoffe. Anmeldeformular unter: www.bmelv.de, Kontakt: 525@bmelv.bund.de.

Zukunft des Agrarmarketings

22. Februar 2007, Kassel
Gemeinsame Tagung von KLJB und AgrarBündnis zur aktuellen Diskussion um den Absatzfonds/CMA mit konstruktiven Vorschlägen für die Zukunft des Agrarmarketings in Deutschland. Referen-

renten sind Prof. Tilman Becker, Uni Hohenheim; Prof. Franz Mühlbauer, FH Weihenstephan/Triestdorf; Jochen Dettmer, Neuland u. Vorstandsmitglied Bundesverband der Regionalbewegungen; Ulrich Jasper, AbL; Thomas Dosch, Bioland; Jutta Jaschke, Verbraucherzentralen Bundesverband; Norbert Gleirscher, Agrarmarketing Tirol/Österreich; Frank Thiedig, MBW Marketinggesellschaft; Christian Schmidt, Marketinggesellschaft der nieders. Land- u. Ernährungswirtschaft, und Dietmar Groß, Aufsichtsratsmitglied der Hessischen Marketinggesellschaft.

Anmeldung bis 14.2. an: Ute Ackermann, ☎ 02224 9465-21, Fax: -44, u.ackermann@kljb.org

Naturland Ackerbautagung

22. Februar 2007, Bernburg
Fragen zu Bodenbearbeitung, Fruchtfolgegestaltung, Düngung usw. werden anhand von Öko-Versuchsergebnissen speziell für die Ackerbaustandorte in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen erörtert.

Infos: w.deeken@naturland-beratung.de, ☎ 030-34806670

Gefahren der Gentechnik

27. Februar 2007, Ahlerstedt
Gezeigt wird der Film „Die Genverschöpfung“ in Zusammenarbeit mit dem Ökologischen Ärztetbund, dazu ein Vortrag von AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen.

ab 19.30 Uhr im Schützenhof, Stader Straße, 221702 Ahlerstedt. Eintritt kostenlos. Anmeldung erbeten an: Erika Sievers u. Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422, Fax: -841456, info@mineralischesgleichgewicht.de

Bio-Umstellung?

01. März 2007, Haus Düssel Bad Sassendorf
Informationsveranstaltung der Landwirtschaftskammer NRW mit vielen Marktpartnern und Experten aus allen Bereichen des Ökolandbaus
Anmeldung: ☎ 0228 703-1340, Fax: -8340, margret.busch@lwk.nrw.de, www.oekolandbau.nrw.de

Werkstätten für Behinderte

07. u. 08. März 2007, Altenkirchen/Ww.
Führungsqualifikation und Selbstmanagement für landwirtschaftliche und gärtnerische Produktionsbetriebe in Werkstätten für behinderte Menschen. Für den Spagat zwischen ökonomischer Effizienz und optimaler Betreuungsleistung bietet der Workshop Lösungsansätze. Mit „Gleichgesinnten“ erarbeiten Sie die für Sie passenden Lösungen und üben Werkzeuge, die Ihnen helfen, den Alltag optimal zu meistern.
Claudia Leibrock, Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-9516-46, Fax: 02681-70206, leibrock@lja.de

Milchtagung 2007

5. März 2007, 09:30 bis 17:00 Uhr

Landvolkshochschule Hardehausen (bei Warburg in Westf.)

Programm:

- *Ernst Halbmayr, IG Milch, Österreich:*
Bauern und Verbraucher arbeiten zusammen – die Fair-Milch-Initiative Österreich
- Podiumsdiskussion:
Milchquote – Verlängern, Reformieren oder Abschaffen?
Sonja Korpeter, European Milk Bord
Dr. Rudolf Schmid, Milchreferent DBV
Ulrich Jasper, AbL / Unabhängige Bauernstimme
- *Dr. Edmund Leisen, Landwirtschaftskammer NRW:*
Die Bedeutung des Weidegangs für die Milchviehhaltung
- *Dr. Anita Idel:*
Einseitige Selektion auf Hochleistung – Selbstregulation, Stoffwechsel und Immunstatus
- *Dr. Hans Hermann, DLG:*
Klauengesundheit – woher kommen die Probleme, was ist zu tun?

Veranstalter:



UNIKASSEL
VERSITÄT

Informationen: KLJB, Bundesstelle, Tel.: 0228-9465-0, bundesstelle@kljb.



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/989361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039604/26859
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 03879/12518; Erich Degreif, Tel.: 033204/35648; Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 05665/1403, Onno Poppinga, Tel.: 05673/3540

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ewald Frisch, Tel.: 06522/549, Fax: 06522/933636, E-Mail: ewfrisch@aol.com, Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480

Sachsen / Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren:

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053173, Fax: 02381/492221, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 87,00 €
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 122,00 €
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 32,00 €
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 57,00 €
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

Viel Werbung, wenig Information

Discounter Lidl als Hautsponsor des Erlebnisbauernhofs

Inzwischen sind die Tore der Grünen Woche der größten Landwirtschafts- und Verbrauchermesse in Berlin schon wieder geschlossen. Wie in jedem Jahr hatte der Bauernverband in Halle 3 seinen Erlebnisbauernhof aufgebaut.

Wer dort Hüpfburgen aus Stroh und Tiere zum Anfassen oder vielleicht auch Informationen zu Urlaub auf dem Bauernhof suchte wurde enttäuscht. Einzig für Kinder gab es Mini-Holzkühe mit Gummieuter und eine Flotte Tretrecker zum Ausleihen. Der Bauernverband ist schließlich kein Verein zur Bespaßung der Verbraucher, sondern die Interessenvertretung der Bauern. Und als solcher zeigte er in Berlin wie eine Landwirtschaft der Zukunft aussieht.

Industrialisierung steht vorne an. Spezialisierung. Dass die (echten) Kühe ebenso wie die Schweine des Erlebnisbauernhofs auf Spalten standen, war schon seit ein paar Jahren so und gibt nur die Realität wieder. Neu dagegen waren die Großbildschirme. Sie zeigten Salatfelder bis zum Horizont, große Maschinen, ausgeräumte Landschaft. Überhaupt spielt Technik eine große Rolle. Natürlich werden die Kühe vom Roboter gemolken. Menschen überflüssig.

In der Schaukäserei gleich neben dem Stall zeigten fünf Käser, wie handwerkliche Käseherstellung funktioniert. Einlaben, Schneiden, Formen und Käse schmieren. Die über der Käserei hängenden Bildschirme hatte die Humana-Milch-Union gekauft und so konnte die Groß-Molkerei zeigen, wie bei ihr Käse gemacht wird. Schnelle Fließbänder, glänzende Maschinen, Edelstahl. Menschen kommen nur selten vor und wenn dann verrichten sie monotone Arbeiten,

legen Hunderte von automatisch geschnittenen Käsestücke zum Einschweißen in Plastikverpackungen. Traurige Realität.

Gleich um die Ecke sah der staunende Verbraucher im „Erlebniskino“ in einer Dauerwerbesendung (eingebildet unten rechts), wie die Privatmolkerei Müller ihre Kunden mit Produkten größter Frische versorgt. Um Bauern und Landwirtschaft ging es dabei wenig.

Gezeigt werden sollte ja auch nicht die Landwirtschaft allein. Der Verbraucher sollte den Weg seiner Lebensmittel verstehen. Und der führt bei der Milch vom Euter der Kuh durch die Edelstahlanks von Humana und Müller. Abgepackt und auf Paletten gestapelt ist dann eine moderne Logistikflotte, natürlich mit MÜLLER-Logo, dafür verantwortlich, dass die Produkte im Laden ankommen.

Die letzte Etappe gehört Lidl. Als Hauptsponsor hat der wegen seiner ausbeuterischen Mitarbeiterbehandlung in die Schlagzeilen gekommene Discounter mitten in der Halle einen großen Supermarkt aufgebaut. In der Lidl-Filiale konnte man lesen, aus welcher Molkerei die Produkte kommen und welcher Fruchthändler die Bananen liefert. Über Produktionsbedingungen, soziale Standards und Dumpingpreise erfuhr man nichts.

Dem Bauernverband könnte man vorwerfen, bei seinem Unternehmen „Erlebnissbauernhof“ die Landwirte zu vergessen und stattdessen Schleichwerbung für die unterstützenden Firmen zu machen. Angesprochen auf die Kooperation mit dem Discounter gibt sich Bauernverbandspräsident Sonnleitner offensiv. Die Zeit der Erbfeindschaften, wie sie sein Großvater noch gegenüber den Franzosen hegte, sei vorbei. Heute arbeite man zusammen. Dass die Zusammenarbeit auch ganz pragmatische Gründe hat, sagt er nicht. Die finanzielle Lage des Verbands bzw. der CMA ist angespannt. Die Geldquelle Absatzfond sprudelt nicht mehr wie gewohnt. Und da ist man glücklich, Sponsoren als starke Partner gefunden zu haben. Und dass ein wegen Preisdumping in die Medien geratenes Unternehmen wie Lidl gerne die Chance ergreift, seinem angekratzten Image durch scheinbare Nähe zur Landwirtschaft einen Hauch von Nachhaltigkeit zu verleihen, überraschte nicht.

Die Besucher jedenfalls trugen in diesem Jahr Lidl-Tüten anstelle von „Zukunft braucht Landwirtschaft“-Luftballons durch die Hallen.

mn

unabhängige bauernstimme: nachhaltig nicht billig

2/2007

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221

Überhang Seite 8
Meldungsspalte